Nürnberg,
Dienstag, den 5. April 1932

Vierteljährlicher Bezugspreis RM 2.— Für Nichtmitglieder Pflichtzeitung — Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile 22 mm breit 30 Pfennig, Stellenangebote und -gesuche 20 Pfennig, Familienanzeigen, Vereinsanzeigen der Mitglieder 20 Pfennig, Sonntag Familienanzeigen 15 Pfennig. Redaktion Nürnberg 24403 — Anzeigenannahme und Redaktion Nürnberg 4, Pomerstr. — Versandstelle: Eisenbahnstraße 1 — Einzelnummer 15 Rpf. Zahlungen für Inserate usw. Postscheckkonto Nürnberg 21942 Expedition „Der Schuhmacher" Nürnberg

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Sitz Nürnberg

Zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher, Sitz Hamburg 6

Erscheint wöchentlich am Dienstag

Postsendungen an diese Zeitung sind zu richten an „Der Schuhmacher" Nürnberg Postfach 4 Abholfach

Nr. 15
46. Jahrgang

Anträge des Vorstandes

an den Verbandstag in Mainz 1932

Anträge zum Statut

§ 5 Ziffer 3 ist anzufügen:

„Selbständige Mitglieder im Schuhmacherhandwerk können ihre Beiträge wahlweise in der 2., 3., 4. oder 5. Beitragsklasse entrichten; die Bezahlung in der 1. Klasse oder des Invalidenbeitrages ist für diese Mitglieder unzulässig."

§ 9 Abs. 1 ist anzufügen:

„Den Verwaltungen von Krankenkassen, Krankenhäusern, Heil-, Pflege- und Fürsorgeanstalten, staatlichen, kommunalen und sonstigen Stellen oder dritten Personen steht ein Anspruch auf die den Mitgliedern des Verbandes gewährten Unterstützungen nicht zu. Soweit von den vorgenannten Stellen eine Anrechnung erfolgt, darf die Unterstützung des Verbandes nur bis zu derjenigen Höhe gewährt werden, die eine Anrechnung ausschließt."

§ 9 Ziff. 7 ist anzufügen:

„Unterstützungsbelege sind vom Unterstützungsempfänger eigenhändig zu unterzeichnen; nur in schweren Krankheitsfällen kann eine Ausnahme zugelassen werden."

Der Zentralvorstand.

Rückgang des Welthandels

Nach dem Friedensschluß haben sich Weltverkehr und Welthandel rasch wieder entfaltet, ihr Umfang ist größer geworden als jemals. Diese Entwicklung ist aber in den letzten Jahren, und besonders 1931, zum Stillstand gekommen. Sie wurde abgelöst von einer Tendenz zur Autarkie, zur Absonderung der einzelnen Wirtschaften voneinander und zu weitgehender Einschränkung des Weltverkehrs. Der internationale Austausch von Menschen, Waren und Kapital wird fortdauernd mehr und mehr eingeschränkt. Die zwischenstaatlichen Beziehungen werden vermindert, anstatt weiter ausgestattet zu werden.

Der Warenverkehr von Land zu Land wird durch eine Flut von Zollerhöhungen und Kontingentierungen abgedämmt. In gleichem Sinne wirken die Devisenordnungen, die zahlreiche Staaten zum Zwecke der Aufrechterhaltung ihrer Währungen erlassen haben. Die gegenwärtige Zoll- und Devisenpolitik führt unabwendbar dazu, daß ein immer kleiner werdender Teil der nationalen Produktion über die Grenzen wandern kann.

Zur Belebung der Ausfuhr wurden zwar verschiedene Mittel angewendet, meist aber mit geringem Erfolg. Großbritannien und einige andere Länder gingen vom Goldstandard ab, um ihren Export zu heben. Die, welche die Goldwährung beibehielten, suchen durch Lohn- und Preissenkungen den Vorsprung derjenigen Länder einzuholen, die durch Aufgabe des Goldstandards einen Vorteil auf dem Weltmarkt erlangten. Da aber die Preissenkungen, wie Deutschlands Beispiel deutlich zeigt, beträchtlich hinter den Lohnsenkungen zurückbleiben, so ergibt sich eine weitere Einschränkung der Verbrauchskraft.

Die Verbrauchseinschränkungen und die autarkische Handelspolitik, die schon seit 1930 einen bedeutenden Rückgang des Welthandels zur Folge hatten, werden wahrscheinlich auch in diesem Jahre weiter andauern. Jede Hebung der Konjunktur, jede Erleichterung der wirtschaftlichen Lage hat einen Wiederaufbau der weltwirtschaftlichen Beziehungen zur Voraussetzung. Umgekehrt bedeutet die Steigerung des weltwirtschaftlichen Zerfalls die Verarmung auch jedes einzelnen Landes.

Angaben über den auswärtigen Handel liegen zwar nicht für alle Länder, aber doch für weitaus die meisten vor. Werden die gesamten Außenhandelsumsätze von 48 Ländern im dritten Quartal 1929 — als die Wirtschaftskrise begann — und im dritten Quartal 1931 verglichen, so ergibt sich ein Rückgang des Wertes dieser Umsätze um 43 Prozent und ein Rückgang der Menge um 21 Prozent. Von den Jahren des Weltkrieges abgesehen, ist bisher ein Rückgang des Welthandels in ähnlichem Ausmaße noch nicht dagewesen. Soweit die Gebietsveränderungen und die verschiedenartigen Preisveränderungen einen Vergleich mit 1913 zulassen, ist anzunehmen, daß der Welthandel 1931 mengenmäßig etwa vom gleichen Umfang war wie 1913. Gegenüber 1925 wies er bereits eine geringere Minderung auf.

Die Entwicklung des Außenhandels der europäischen Länder war 1931 insofern einheitlich, als überall, mit Ausnahme von Rußland, sowohl die Einfuhr wie die Ausfuhr dem Werte nach geringer war als 1930. Nicht so einheitlich ist der Grad des Rückganges der Einfuhr und der Ausfuhr. In jenen Ländern, die hohe Beträge kurzfristiger Kredite zurückzuzahlen hatten, hat die Einfuhr stärker abgenommen als die Ausfuhr. Weitaus am größten war die Verminderung der Einfuhr in Deutschland, das 1931 um 3,568 Milliarden RM weniger Waren einführte als 1929, auf der anderen Seite aber die Ausfuhr kräftig förderte, so daß sich ein Ausfuhrüberschuß von 2,967 Milliarden RM ergab. Starke Rückgänge der Einfuhr verzeichneten im letzten Jahre auch Italien, Ungarn, Polen und einige Balkanstaaten.

In anderen Ländern ist dagegen die Ausfuhr stärker zurückgegangen als die Einfuhr, so z. B. in Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika. Der bedeutende Ausfuhrrückgang dieser Länder wurde vor allem dadurch veranlaßt, daß die Absatzmöglichkeiten ihrer Waren in den wichtigsten Aufnahmeländern immer mehr eingeengt wurden. Die Vereinigten Staaten haben seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise — 1929 — mehr als die Hälfte ihres Welthandels eingebüßt. Die Ausfuhr Großbritanniens kam 1931 dem Werte nach nur noch 90 Prozent jener vom Jahre 1924 gleich, während die Zuderziffer der Einfuhr jene von 1924 (gleich 100) um etwa 10 Einheiten übertraf. Neue Zölle sollen nun bewirken, daß das Verhältnis umgekehrt wird, daß die Einfuhr eingeschränkt und die Ausfuhr erweitert wird. Von den Zollerhöhungen werden die nordischen Staaten, wegen ihrer Exportabhängigkeit von Großbritannien, besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Aussichten auf eine starke Hebung des britischen Ausfuhrgeschäfts sind jedoch keineswegs günstig, weil auch andere Staaten neue Zölle bereits eingeführt haben, oder sie vorbereiten.

Sowohl die Vereinigten Staaten von Amerika wie Großbritannien exportieren vorwiegend veredelte Waren der Massenproduktion, deren Konjunkturempfindlichkeit anscheinend erheblich größer ist als die der Erzeugnisse mehr individueller Natur, wie sie von Deutschland und Frankreich auf den Markt gebracht werden.

Der größte Teil des europäischen Einfuhrrückganges im Jahre 1931 entfällt auf Rohstoffe, etwa halb so viel auf industrielle Fertigwaren, der Rest auf Nahrungsmittel.

(Fortsetzung nächste Seite)

Hinweg mit den volksfeindlichen Elementen aus der Beamtenschaft

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat mit Nachdruck die Forderung erhoben, daß endlich der Personalkörper der öffentlichen Verwaltung von staatsfeindlichen Elementen gesäubert wird.

Durch die Mitteilungen, die der preußische Minister des Innern am 17. März 1932 der Oeffentlichkeit gemacht hat, ist die schon lange in zahlreichen Vorkommnissen zutage getretene Tatsache erneut in eindeutiger Weise erhärtet worden, daß

die NSDAP. den Bürgerkrieg in Deutschland vorbereitet.

Die Aufstellung einer militärisch gegliederten Privatarmee, ihre Ausrüstung mit Waffen, die ständigen Ueberfälle auf Andersdenkende, die Anwendung von Terror als politisches Kampfmittel, die geheime Mobilisierung und Alarmierung bezahlter Banden, alles das hat nichts mehr mit Politik und mit Betätigung der Staatsbürgerrechte zu tun. Es ist der Versuch gewaltsamer Unterdrückung von Freiheit und Demokratie und gleichzeitig ein Unternehmen, dessen ungehinderte Fortsetzung die Staatsautorität und damit Deutschlands politischen und moralischen Kredit im In- und Ausland aufs empfindlichste schädigen muß.

Allzulange ist dieses zum Bürgerkrieg führende Treiben geduldet worden.

Es kann nicht angehen, daß durch längeres Zuwarten die Deutsche Republik sich selbst das Grab gräbt.

Deshalb muß es von allen staatstreuen Deutschen auf das lebhafteste begrüßt werden, daß die preußische Regierung durch die nunmehr begonnene Aktion ihren Willen zum Durchgreifen bekundet hat.

Hierbei ergibt sich die weitere Frage:

Kann jemand, der durch Zugehörigkeit zur NSDAP. oder durch ihre Unterstützung in irgendwelcher Form sich selbst an der Vorbereitung des Bürgerkrieges, an der Vernichtung der Demokratie und an der Errichtung einer verfassungswidrigen Diktatur beteiligt, Beamter der Republik sein oder bleiben?

Wir sagen: „Nein!"

Der Staat, der dieses duldet, gibt sich selbst auf. Freiheit der Meinungsäußerung und der staatsbürgerlichen, also auch politischen Betätigung des Beamten dürfen niemals, und erst recht nicht in der Demokratie, solchem Mißbrauch ausgeliefert werden.

Deshalb fordern wir: Entfernung aller Personen aus dem öffentlichen Dienst in Reich, Staat und Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften, die durch Zugehörigkeit zur NSDAP. oder durch ihre Unterstützung an der Vorbereitung von Bürgerkrieg und Umsturz mitwirken.

Jedem Beamten und öffentlichen Angestellten ist gegen Unterschrift zu eröffnen, daß Betätigung in diesem Sinne unvereinbar mit den übernommenen und beschworenen Pflichten ist und fristlose Entlassung ohne Pension zur Folge hat.

Der Beamte oder Angestellte des demokratischen Staates hat nicht das Recht, auf den Sturz dieses Staates und auf die Errichtung einer Diktatur hinzuarbeiten. Er muß jetzt vor die Entscheidung gestellt werden, ob er als Organ des Staates diesem, seiner Erhaltung und Festigung dienen oder außerhalb des Staatsdienstes sich für die Ziele einer Bürgerkriegspartei einsetzen will.

Es ist ein Gebot der Selbstbehauptung des Staates, diese Klärung nunmehr herbeizuführen. Weitere Duldung bedeutet Selbstvernichtung.

Die Wähler haben es in der Hand, bei den bevorstehenden Wahlen in der Abgabe ihres Stimmzettels in republikanischem Sinne obige Forderungen auf das nachdrücklichste zu unterstreichen.

Zur Reichspräsidentenwahl

An alle Gewerkschaftsmitglieder!

Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Am 13. März habt ihr Hitler geschlagen.

Ihr habt die erste Schlacht gewonnen. Jetzt gilt es, euren Sieg auszunützen. Die Reihen eurer Feinde sind erschüttert. Sie müssen zum zweiten Male und noch vernichtender geschlagen werden.

Keiner darf am 10. April an der Wahlurne fehlen! Wer sich der Stimme enthält, ist fahnenflüchtig. Wer jetzt noch seine Stimme Thälmann gibt, ist ein politischer Narr. Wer für Hitler stimmt, schmiedet sich und euch neue Ketten.

Jede Stimme für Hindenburg ist ein Hammerschlag gegen die Feinde Eurer Freiheit!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Leipart

Allgemeiner freier Angestellten-Bund
Aufhäuser

Allgemeiner Deutscher Beamten-Bund
Falkenberg

Die Abnahme des Bedarfes der europäischen Länder ist natürlich nicht ohne Folgen auf den Außenhandel der überseeischen Länder geblieben. Ihre Ausfuhr sinkt schon seit 1929 fortgesetzt, seitdem der Bedarf Europas an Rohstoffen im Rückgang begriffen ist. Die verminderten Einnahmen, welche diesen Ländern vom europäischen Markt zufließen, veranlassen ihrerseits wieder Verbrauchseinschränkungen.

Es ist bemerkenswert, daß in den vier Jahren 1928 bis 1931 die Verminderung des Welthandelsumsatzes der europäischen Länder weniger stark war als der Rückgang des Außenhandels der überseeischen Länder. Das ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die wichtigsten Ausfuhrartikel der Ueberseeländer — besonders Rohstoffe — stärker im Preise gesunken sind als die Fertigwaren, welche die wichtigsten Ausfuhrartikel der europäischen Länder sind.

Die Schrumpfung des Welthandels, die nicht nur vermäßig, sondern auch zu einem guten Teil mengenmäßig ist beweist, daß allenthalben eine Verbrauchseinschränkung stattfand, daß sich die Lage der konsumierenden Volksmassen in den letzten drei Jahren ganz allgemein verschlechtert hat. Eine auf Verflüssigung der Zahlungsmittel und auf Verbrauchssteigerung gerichtete Politik könnte wesentlich zur Rettung der falsch orientierten Wirtschaft beitragen. Es muß eine neue Kaufkraft, eine zusätzliche Nachfrage ins Leben gerufen und in den Kreislauf der Weltwirtschaft möglichst gleichmäßig an verschiedenen Stellen eingeschaltet werden. H. F.

Zur Aussperrung bei Lingel-Metzler

Differenzen bei der Firma Meyler haben am Montag, den 7. März, zur Arbeitseinstellung bei dieser Firma geführt. In Mitleidenschaft gezogen wurde infolgedessen der Betrieb der Firma Lingel, die sich dann bewogen fand, über ihre Arbeiter die Aussperrung zu verhängen. Mehr als 500 Erfurter Schuhfabrikarbeiter sind an diesem Kampf beteiligt. Der ungeheure Druck, den die beiden Firmen seit Jahren auf die Arbeiter ausübten, hat sich entladen zu einem Kampf, für den die Schuld ausschließlich den Firmeninhabern zuzusprechen ist. Denn die hier geübte Lohndruckpraxis steht in Deutschland wirklich einzigartig.

Die Verunsicherung der Arbeiterschaft geht schon auf Jahre zurück. Die Leser dieses Blattes kennen ja den Hergang bereits aus dem Erfurter Jahresbericht:

Die Firma Lingel kommt 1930 auf den Gedanken, sich die neuerdings errichtete Firma Meyler anzugliedern. Diese neue Firma soll für die Verkaufsstellen von Lingel die sogenannten billigen 12,90 RM Schuhe herstellen, merkwürdigerweise zum Teil unter Zuhilfenahme des technischen und kaufmännischen Personals der Firma Lingel. Zwischen der Firma Lingel A.-G. und der Fried. Meyler G. m. b. H. herrscht in starkem Maße Personenunion. Aber merkwürdig, während die Lingel A.-G. dem Schuhindustrielleverband angeschlossen ist, daher den Reichstarifinstanzen unterliegt, erklärt sich die Firma Meyler als Tarifaußenseiter!

Nun spielt sich folgendes ab: 1930 im Dezember meldete die Firma Lingel eine Teilstillegung an mit dem Ziel der Entlassung von 150 Arbeitern. Die Firma Meyler gibt ihren Willen kund, 130 von den Entlassenen einzustellen, aber nur zu dem tariflichen Mindestlohn! Die Arbeiter dringen mit ihren Protesten, daß es sich im vorliegenden Falle um wirtschaftliche Kampfmaßnahmen der Unternehmerseite zum Zwecke des Lohndruckes handle, nicht durch — regierungsseitig wird die Teilstillegung genehmigt.

Die Firma Meyler lehnte es ab, zwecks Festsetzung von Akkordsätzen die Tarifinstanz anzurufen oder auch nur vor ihr zu erscheinen. Sie fühlte sich als „Außenseiter".

Erst ein Streik, der anläßlich einer Differenz über Ueberstunden ablehnung entsteht, zwingt die Firma Meyler, Akkordsätze festzusetzen.

Im Oktober 1931 beantragt die Firma Lingel wiederum Entlassungen. Diesmal für 130 Arbeiter.

Die Firma Meyler hat wieder Arbeiterbedarf, und zwar, wie sie erklärte, zur Erledigung eines billigen Auslandsauftrags. Aber die einzustellenden Arbeiter müßten zum Mindestlohn arbeiten (!) Unter Druck, weil sie fürchten müßten, von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen zu werden, nahmen die entlassenen Lingel Arbeiter auch diese Arbeit zum tariflichen Mindestakkordlohn an. Es kam für die „neuen Auslandsartikel" zur Festsetzung von Akkordsätzen. Aber nach kurzer Zeit erschienen diese „Auslandsartikel" zu der Preislage von 8,90 RM auch in den deutschen Lingel Verkaufsstellen!

Nach dem notwendigen Dezember Lohnabzug von 15 Prozent konnten die Lingel Verkaufsgeschäfte mit Schuhpreislagen von 8,50 RM, 10,50 RM, 12,50 RM, 14,50 RM und 16,50 RM aufwarten! (Die weitere Preissenkung erschien schon durch die fortschreitende Verbilligung des Leders, durch die Verringerung der Zinslasten, die Erleichterungen auf dem Gebiet der Sozialbeiträge, Verbilligung der Lohnmieten, der Kohlenpreise, der Frachten usw. an sich gegeben!) Die genannten Firmen hatten indessen ihre aufreizende provozierende Politik fortgesetzt. Ein Teil der Lingel-Artikel zu 16,90 RM, die auf 14,50 RM herabgesetzt sind, ist aus der Produktion des Lingel-Betriebes herausgezogen und zu Meyler gekommen. Hier werden nur noch Meyler-Akkordsätze gezahlt. Bei Lingel wurde mit der Zeit dann die Wochenarbeitszeit auf 21 Stunden herabgesetzt.

Daß eine derartige Praxis die Arbeiter aufs äußerste empören mußte, liegt auf der Hand. Die Belegschaft bei Meyler forderte daher mit Recht: Bezahlung der 14,50 RM Artikel zu Lingel Akkordsätzen und Beseitigung der Staffelung der Meyler-Akkordsätze.

Da die Firma Meyler diese berechtigten Forderungen der Belegschaft mit einem glatten „Nein" beantwortete, kam es in einzelnen Abteilungen des Betriebes zur Arbeitsverweigerung und daraufhin zur fristlosen Entlassung der gesamten Meyler-Belegschaft. Damit war die Belegschaft ausgesperrt, worauf durch die Organisation über den Betrieb die Sperre verhängt wurde. Als die Aussperrung bei der Firma Meyler zur Tatsache geworden war, ergab sich, daß ein Teil Arbeiter auch die ganze Lingel Produktion für ihre Sparte mit ausgeführt hatten, wodurch natürlich sofort auch die Lingel-Produktion stockte.

Das an einzelne Lingel Arbeiter gestellte Verlangen, nun die freigewordenen Arbeitsplätze zu besetzen, wurde als Streikbrucharbeit abgelehnt. Auf die Drohung der fristlosen Entlassung dieser Arbeiter erklärten sich auch die übrigen Arbeiter mit ihnen solidarisch, was dann im weiteren Verlauf auch zur Aussperrung der Lingel-Belegschaft geführt hat.

Die Verantwortung für diese Vorkommnisse trägt nach all dem Geschilderten die Betriebsleitung und Direktion des Betriebes voll und ganz allein. Das eine kann heute schon gesagt werden: Die Einbringung der Arbeitskraft über das gegenseitige Ausspielen der Belegschaften über die Versuche, einen Arbeiter gegen den anderen als Lohndrücker zu benutzen, ist so groß, daß ohne die Wiederherstellung einer Betriebseinheit, ohne die Herstellung einheitlicher Löhne und einheitlicher Arbeitszeit, an eine friedliche Beilegung dieses Kampfes nicht zu denken ist.

Dieser uns aufgezwungene Kampf wird mit derselben Geschlossenheit und Einigkeit geführt werden, wie im Vorjahr, und die fast restlose Zugehörigkeit zur Organisation, dem „Zentralverband der Schuhmacher", der diesen Abwehrkampf bis aufs äußerste unterstützen wird, gibt die Gewähr, daß dieser Kampf für die Belegschaften zum erfolgreichen Ende geführt wird.

Die leider abgehaltenen Betriebsversammlungen und Appelle der Ausgesperrten waren von seltener Einmütigkeit und Geschlossenheit, die in dem einstimmigen Vertrauen zur selbstgewählten Streikleitung und der Organisationsleitung zum Ausdruck kam.

Nachzutragen ist, daß die Firma Lingel jetzt ebenfalls nicht mehr dem Schuhfabrikantenverbande angehört.

Daß dieser Kampf geführt wird trotz der wirtschaftlichen Notzeit und dem Vorhandensein von fast 3000 arbeitslosen Schuhmachern, zeugt von der Zuversicht und dem großen Vertrauen der kämpfenden Arbeiter auf die Solidarität der erwerbslosen Schuhmacher: Die enge Verbundenheit mit den arbeitslosen Klassengenossen ist es, die die ausgesperrten Schuhmacher zu dem Vertrauen berechtigt, daß sich kein Streikbrecher finden wird. Den Lohndruckaldichen des Unternehmertums muß ein für allemal der Garaus gemacht werden!

Zur preußischen Landtagswahl!

Preußen muß fortschrittlich bleiben!

Es gab **nie eine rote Mehrheit in Preußen.** 1919 nach der Revolution gelang es der Sozialdemokratie wohl, eine recht starke Stimmenzahl zu erreichen. Aber immerhin standen 168 sozialdemokratischen Abgeordneten 233 Bürgerliche gegenüber. Seit dieser Zeit behauptete sich in Preußen die sogenannte Weimarer Koalition, d. h. eine linksgerichtete republikanische Regierung unter Führung des Sozialdemokraten Braun. Diese preußische Regierung ist sozialfortschrittlich und mustergültig. Preußen ist z. B. derjenige Staat, der es durch geschickte Führung fertig brachte, seine Finanzverhältnisse stets in bester Ordnung zu halten. Sozialfortschrittlich kann er sich mit jedem anderen Gliedstaat messen.

In der Regierung war, wie gesagt, niemals eine sozialdemokratische Mehrheit. Von acht Ministern waren zwei und sind heute drei Sozialdemokraten.

Aber die preußische Verwaltung der Nachkriegszeit steht turmhoch über der in der Vorkriegszeit vorherrschend gewesenen. Stellen wir einmal einige Vergleiche an.

Das alte Preußen.

1913: 12 Oberpräsidenten, 9 adlig, alle konservativ,
36 Regierungspräsidenten, 26 adlig, alle konservativ,
483 Landräte, 238 adlig, alle konservativ

1913 erhalten auf Grund des **Dreiklassenwahlrechts** die Konservativen (Deutschnationalen) von 14,55 Prozent der Urwähler 33,11 Prozent der Abgeordneten, die Sozialdemokraten von 28 Prozent der Urwähler ganze 2,26 Prozent der Abgeordneten!

Das neue Preußen.

Von 12 Oberpräsidenten sind 4 Sozialdemokraten,
34 Regierungspräsidenten sind 8 Sozialdemokraten,
43 Polizeipräsidenten sind 23 Sozialdemokraten,
400 Landräten sind 65 Sozialdemokraten.

Diese Gegenüberstellung zeigt, daß es grobe Lügen und Irreführungen sind, wenn man behauptet, in Preußen waren die Sozialdemokraten vorherrschend.

In Wirklichkeit war es den Volksfeinden mit ihren Anläufen gegen das republikanische Preußen stets darum zu tun, die politische Macht völlig in die Hand zu bekommen; denn in Preußen sind 340 politische Verwaltungsbeamte zu stellen. Einseitigste Parteiherrschaft der Reaktion oder demokratische Regierung für das Volk und durch das Volk wird durch die Art der Besetzung entschieden. Ferner bilden 80 000 Mann Polizei das stärkste und gewaltigste Machtinstrument der Republik gegen alle „legalen" und putschistischen Aktionen des deutschen Faschismus der Hitler und Hugenberg. Wer die Schutzpolizei beeinflußt, entscheidet, ob faschistischer Terror niedergehalten oder die Straße den braunen Bataillonen frei gemacht wird.

Aber der Kampf um Preußen ist nicht nur ein politischer Machtkampf. Er ist auch die Entscheidung zwischen bürgerlicher und sozialer Politik. Dafür nur einige Beispiele:

Das neue Preußen dokumentierte durch die Schaffung eines besonderen Ministeriums für Volkswohlfahrt die Bedeutung der öffentlichen Wohlfahrt.

Eine genaue Gegenüberstellung der Haushaltsansätze von 1913 und 1931 zeigt, daß die zur Verfügung der **zentralen Wohlfahrtsverwaltung** stehenden Mittel von der Vorkriegszeit mit 19 Millionen auf 231 Millionen des Jahres 1931 gestiegen sind. Allein für die „Volksgesundheit", einem besonderen Abschnitt des Etats des Wohlfahrtsministeriums, ergibt sich eine Steigerung von 5,9 Millionen auf 12,1 Millionen.

Das neue Preußen hat die **Grubenkontrolle** planmäßig ausgebaut. Grubensicherheitsbeamte wurden aus den Kreisen der Arbeiterschaft genommen. Die Gewerkschaften reichen dazu ihre Vorschläge ein. Im Etat der Bergverwaltung stehen Mittel für die Belehrung über Unfallgefahren und Grubensicherheit.

Preußen errichtet die erste Versuchsgrube der Welt. Auf dieser Versuchsgrube werden die neuen Erfindungen auf dem Gebiet der Grubensicherheit auf ihre Wirksamkeit hin geprüft.

Noch ein Beispiel auf dem Gebiete **des Wohnungsbaues** sei angeführt:

Preußen erhob bis zum 31. März 1931 mit 48 Prozent den höchsten Satz der Hauszinssteuer und steuert damit den Hausbesitzern soweit wie möglich den Profit weg. Von den 48 Prozent der erhobenen Hauszinssteuer wurden 26½ **Prozent für den Wohnungsbau verwendet.** Auch das ist der höchste von allen Ländern. (Bayern 14 Prozent, Württemberg 19½ Prozent.)

Wer den Fortschritt will, der gibt bei den Landtagswahlen dem Sozialisten seine Stimme!

Eine Rückkehr zu dem alten ungerechten Zustand darf es in Preußen nie geben!

Mantelvertrag für das Schuhhandwerk

Der Manteltarif für das Schuhmacherhandwerk, dessen Kündigungstermin auf den 31. März dieses Jahres gefallen wäre, war durch die 4. Notverordnung ebenfalls verlängert worden bis zum 30. April 1932.

Zwecks Verlängerung dieses Vertrages über den 30. April hinaus fanden am 5. März in Fulda zwischen den Vertragsparteien Verhandlungen statt.

Es lagen Abänderungsvorschläge der Arbeitgeber vor, die die Herabsetzung einer Reihe Gestehungszeiten für Reparaturarbeiten erstrebten. Im Gegensatz dazu hatten auch die beiden am Vertrag beteiligten Gewerkschaften Abänderungsanträge vorzubringen. Die Aussprache näherte sich nach längeren Erörterungen der Auffassung zu, daß es bei der Unübersichtlichkeit der wirtschaftlichen und tarifpolitischen Gesamtlage tunlich sei, den bisherigen Vertrag ohne Aenderungen über den 30. April hinaus zu verlängern. Lediglich sind für gelebte Reparaturarbeiten in den Betriebsklassen 3 und 4 des Tarifvertrages einige Aenderungen vereinbart worden.

Die auf Grund gegenseitiger Aussprache in einer Niederschrift niedergelegten Beschlüsse besagen folgendes:

„Ab 1. Mai 1932 sind die Gestehungszeiten für gelebte Reparaturarbeiten in Betriebsklasse 3 und 4 nach dem unten angegebenen Verfahren zu ändern:

Mit Rücksicht darauf, daß die weitergehenden Anträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinsichtlich Aenderung von Gestehungszeiten auch eine Lohnveränderung bedeuten würden, wurde beschlossen, diese Aenderungsanträge zurückzustellen bis zu einer besseren Uebersicht der wirtschafts- und tarifpolitischen Gesamtlage.

Aus diesem Grund wurde ferner beschlossen, den § 15 (Vertragsdauer) wie folgt zu ändern:

„Der Mantelvertrag für das Schuhmacherhandwerk vom 18. April 1931 wird ab 1. Mai 1932 bis auf weiteres verlängert mit der Maßgabe, daß der Vertrag mit monatlicher Kündigungsfrist zum Monatsschluß gekündigt werden kann."

Ungeachtet dieser Verlängerung des Mantelvertrages wurde beschlossen, folgende neue Bestimmungen des Mantelvertrages ab **1. Mai 1932** in Geltung zu setzen:

I. § 8 erhält folgende neue Ziffer 5: „In Betrieben, welche ihre Arbeitnehmer in Stundenlohn beschäftigen und einstellen, aber ein bestimmtes Arbeitspensum an einzelnen Arbeitsstunden oder Teilarbeit ihren Arbeitnehmern vorschreiben, hat der Arbeitgeber auf Antrag des Arbeitnehmers die Akkordentlohnung auf Grund der Gestehungszeiten des § 8 durchzuführen."

Die jetzige Ziffer 5 wird Ziffer 6.

II. In Betriebsklasse 3 wird für die Berechnung der Akkordarbeit folgende Gestehungszeit für gelebte Reparaturarbeiten zugrunde gelegt, von welcher die Abzüge für Maschinenbenutzung (Auspuzmaschine) zu machen sind:

Herrensohlen	1 Stunde	30 Min.
Herrenablätze		45 „
Damensohlen	1 Stunde	15 „
Damenablätze		30 „
Kindersohlen 20—24 cm		50 „
Kinderablätze		30 „
Kindersohlen 20 cm		40 „
Kinderablätze		30 „
Burschensohlen 24—26½ cm	1 Stunde	10 „
Kinderablätze		40 „

III. In Betriebsklasse 4 werden die Gestehungszeiten für gelebte Sohlen wie folgt geregelt:

1. Herren- und Burschensohlen bis 24½ cm wie bisher.
2. Damensohlen bei Einleisten statt bisher 5 Minuten in Zukunft 4 Minuten. An Stelle des „Zur Presse Bringen" und „Aus-der-Presse-Ausleisten", heißt es in Zukunft „Pressen" 6 Minuten.
3. Bei Kindersohlen bis 24 cm Position „Auftauchen" statt bisher 5 Minuten in Zukunft 4 Minuten. Position „Pressen" wie bei Damensohlen.

IV. Die Vertragsparteien sind darüber einig, daß im § 12 Ziffer b eine Neuregelung vereinbart werden muß, wonach die sogenannten Gewinnbeteiligungsscheinverträge oder Polontarverträge, welche zur Umgehung der tarifvertraglichen Bestimmungen von einzelnen Arbeitgebern mit ihren Arbeitnehmern abgeschlossen werden, von letzteren oder von den Vertragsparteien angefochten werden können, um tarifliche Ansprüche geltend zu machen.

Fulda, den 5. März 1932.

Unterschriften."

Es sei noch darauf verwiesen, daß der Manteltarif für das Schuhmacherhandwerk Geltung hat für folgende Gebiete des Deutschen Reiches: a) für die Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein und Sachsen, b) für die Freistaaten Bremen, Braunschweig, Hamburg, Lübeck, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe, Oldenburg, Thüringen und Anhalt, c) für die Regierungsbezirk Düsseldorf und Köln.

Die Begeisterung, diese höchste Gesundheitswärme des Geistes — sie ist glücklicherweise noch viel ansteckender im Volke, als irgendeine Krankheit des Körpers!

Lassalle.

Arbeitsbeschaffungspläne des Internationalen Arbeitsamts

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts (IAA.), Albert Thomas, hat kürzlich bei der deutschen Regierung vorgesprochen, um ihr die vom IAA. ausgearbeiteten Pläne zur Arbeitsbeschaffung im internationalen Maßstab vorzulegen. Die internationale Arbeitsbeschaffung, so erklärte Thomas gegenüber einem Vertreter des „V. Vorwärts", sei keine hoffnungslose Sache. Auf die Frage, ob das IAA. Geld zur Arbeitsbeschaffung habe, hat dieses geantwortet: Erst sei die Aufstellung eines Planes notwendig, ehe man an die Heranschaffung von Geld zu denken habe.

„Je besser und solider ein Arbeitsbeschaffungsplan ausgearbeitet ist, desto mehr Aussicht hat er auch, finanziert zu werden."

Thomas erklärte weiter, daß demnächst in Paris eine neue bedeutsame Verhandlung zur Förderung der internationalen Arbeitsbeschaffungspläne stattfinden wird. Das IAA. strebe danach, auf dem Wege internationaler Arbeitsbeschaffung in Europa den Frieden anzubahnen. Vorerst wolle man ein Übereinkommen für den Kohlenbergbau zu schaffen versuchen. Die Aussichten hierfür sind keineswegs ungünstig.

Das IAA. würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn es ihm gelingen würde, greifbare Resultate auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung zu erreichen.

Stegerwald gegen neue Lohn- u. Gehaltssenkungen

Zu der Notiz einer großen Berliner Zeitung, wonach in Aussicht genommen sein soll, die Laufzeiten der Lohntarifverträge für bestimmte Gewerbe durch Verordnung über den [illegible] hinaus zu verlängern, weist das Reichsarbeitsministerium darauf hin, daß eine solche Maßnahme sich offenbar schon deshalb erübrige, weil die Parteien, wie schon jetzt mit Sicherheit anzunehmen ist, von der Kündigungsbefugnis der Lohntarifverträge zum 30. April nur ausnahmsweise Gebrauch machen werden. Ein solches Verhalten entspräche auch der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums. Nach der erhofften Senkung der Löhne und Gehälter durch die Vierte Notverordnung erscheine eine erneute allgemeine Herabsetzung nicht tragbar und bei der letztendlichen Bedeutung des Binnenmarkts für die deutsche Wirtschaft auch nicht wünschenswert. Vielmehr erscheine lediglich in einzelnen Berufsvereinen die Anpassung der gegenüber dem allgemeinen Niveau noch übersetzten Löhne oder Gehälter. Bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands sollte jede vermeidbare Beunruhigung durch Tarifkündigungen unterbleiben.

Aufruf
der Sozialdemokratischen Partei zur Reichspräsidenten-Stichwahl

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat einen Aufruf für die

Reichspräsidenten-Stichwahl

erlassen. Darin wird ausgeführt:

„Hitler zu schlagen war das Ziel, und darum hat die Partei keinen eigenen Kandidaten aufgestellt. Mit Genugtuung wird festgestellt, daß die Massen die Probe auf politische Schulung und Disziplin glänzend bestanden haben. Hitler ist geschlagen. Dem Faschismus der Sieg, den er schon in den Händen glaubte, entrissen. Deutschland bleibt vor entsetzlichem Unheil bewahrt, die ganze Welt ist von einer furchtbaren Drohung befreit. Jetzt kann auch wieder der Boden für den politischen und wirtschaftlichen Aufbau geebnet werden.

Schluß mit dem System der nationalsozialistischen Volksvergiftung!

Es geht um die moralische Wiedergesundung des deutschen Volkes! Die Parole für den zweiten Wahlgang am 10. April ist: „Schlagt Hitler, wählt Hindenburg!"

Hitler muß am 10. April noch gründlicher geschlagen werden als am 13. März!

Die Kommunistische Partei hat im Entscheidungskampf des 13. März nicht etwa nur, wie vor zwölf Jahren beim Kapp-Putsch, beiseite gestanden. Sie hat durch Aufstellung einer aussichtslosen Zählkandidatur bewußt das Spiel Hitlers gespielt.

Daß am 13. März der Faschismus geschlagen wurde, bleibt eine geschichtliche Tat. Großes ist geleistet, aber weit Größeres ist noch zu tun.

Unsere faschistischen Gegner sind nicht endgültig geschlagen, solange ihre großkapitalistischen Geldgeber imstande sind, sie zu bezahlen. Zerrüttende Krisen werden ständige Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Entwicklung bleiben, solange nicht an die Stelle der kapitalistischen Anarchie eine Wirtschaftspolitik des Sozialismus getreten ist.

Darum hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag Anträge eingebracht:

Zur Verstaatlichung der Schwerindustrie, zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, zur Unterstellung der Banken und Kartelle unter die Aufsicht des Staates.

Die Sozialdemokratie zeigt den Weg aus Not und Elend zur höheren Gesellschaftsform und menschlicheren Zuständen. Der Druck der Massen muß dafür sorgen, daß dieser Weg endlich beschritten wird.

In diesem Geiste gehen wir in die kommenden Kämpfe! Für Befreiung des arbeitenden Volkes! Für Demokratie, Weltfrieden, Sozialismus!

Für die Gewerkschaftsjugend

Jugend

Die Jugend hat es in der Hand
Sich ihre Zukunft zu gestalten,
Die neue Zeit geht durch das Land
Und treu heißt es zulammenhalten.

Groß ist die Not in unserer Zeit
Drum heißt es einig weiter schreiten
Und der Verband ist stets bereit
Dazu den Weg uns zu bereiten.

Der einzelne bleibt immer schwach
Und ewig müßt er Sklave bleiben,
Könnt er nicht gegen Ungemach,
Vereint mit seinen Brüdern, streiten.

Drum werbet all' für den Verband,
Daß seine Macht noch größer werde:
Er führet euch mit sich'rer Hand
Zur wahren „Freiheit dieser Erde"!

Übersetzt: Ernes Paul Hoberle. Von Julius Balazs.

Die Not der Jugendlichen

In der Behauptung, die Arbeiterklasse hat gegen früher Errungenschaften erzielt, sie hat noch viel zu verlieren, deshalb viel zu verteidigen, liegt die Ansicht begründet, daß es früher auch für die Jugend schlechter bestellt gewesen ist als heute.

Es ist richtig, die Rechtlosigkeit der Jugend von früher auf dem Gebiete des Koalitions- und Vereinsrechtes ist überwunden, insbesondere auch die Rechtlosigkeit der Frauen. Mit der Erlangung größerer Bewegungsfreiheit für die Jugend haben gleichfalls die Jugendhilfs- und Jugendpflegeeinrichtungen, Jugendpflege, Forderung des Sports, Jugendherbergswesen, wesentliche Fortschritte aufzuweisen. Indessen, wenn man von einer besseren Lage der heutigen Jugend spricht, ist in erster Linie lediglich an diese größere persönliche, politische und gesellschaftliche Freiheit der Jugend gedacht. Unberücksichtigt bleibt dabei die heutige wirtschaftliche Lage der Arbeiterjugend.

Eine größere gesellschaftliche und persönliche Freiheit der Arbeiterjugend ist schließlich als eine notwendige Begleiterscheinung dessen in der wirtschaftlichen Ebene sich vollziehenden Vorganges anzusehen. Die starkere Einbeziehung der Jugend in den Produktions- und Wirtschaftsprozeß, die zunehmende Beschäftigung in Großbetrieben, die Loslösung von der Familie bedingte an sich eine größere Selbständigkeit der Jugend. Von der wirtschaftlichen Besserstellung, die keineswegs eintrat, merkt aber die heutige Jugend nicht mehr viel. Nur während einer kurzen Periode, bevor die Wirtschaftskrise eintrat, konnte davon die Rede sein. Mit Anbruch der großen Weltwirtschaftskrise hat sich die Lage der arbeitenden Jugend aber wieder enorm verschlechtert. Wir können ohne weiteres sagen, die Jugend, die jetzt heranwächst, kennt nur die Niedergangsperiode der Wirtschaft und ihre Folgewirkung. Denn vorläufig deuten alle Anzeichen dafür, daß der kapitalistischen Wirtschaft eine große Blütezeit mehr beschieden ist. Ueberall in der Wirtschaft herrscht Stillstand und Zerfallserscheinungen. Die trostlose Wirtschaftslage wirkt sich unmittelbar auf die Lage der Arbeiterjugend aus.

Auf dem Arbeitsmarkt finden wir schon jahrelang eine eine Millionen umfassende Arbeitslosenarmee von Jugendlichen. Der Lebensraum der Jugend wird schon, bevor sie richtig im Arbeitsleben steht, eingeengt. Schon mit der Schulentlassung beginnt für den Jugendlichen die Sorge um eine Arbeitsstelle. Der überfüllte Arbeitsmarkt macht ihm die Wahl eines Berufes schwer. Jeder Beruf hat Arbeitslose in Menge, nirgends bieten sich günstige Berufsaussichten. Vielfach erlernt der junge Mensch von heute einen Beruf ganz zwecklos, denn er findet später nie Arbeit in seinem Fach. Die Wandlungen der Wirtschaft, der technische Fortschritt oder die große Arbeitslosigkeit zwingen ihn, den erlernten Beruf aufzugeben. Die Arbeitsmarktkrise hat das Angebot an Lehrstellen an sich sehr verringert. Mancher Schulentlassene findet weder eine Lehr- noch eine Arbeitsstelle. Er erlebt noch Jahre nach der Schulentlassung nicht seine Eingliederung in den Wirtschaftsprozeß. Hat er Glück, eine Lehrstelle zu bekommen, so ist er auf mehrere Jahre untergebracht. Aber dann beginnt ohne weiteres das Elend von neuem. Die sofortige Entlassung der Neuausgelernten ist heute eine allgemeine Erscheinung geworden. Jede Rundfrage bei den jugendlichen Arbeitslosen wird ergeben, daß die größte Arbeitslosigkeit bei der Altersklasse von 18—21 Jahren liegt.

Was das bedeutet, bedarf keiner langen Erörterung. Die noch nicht genügend befestigte berufliche Ausbildung wird unterbrochen; ein Teil der erlernten beruflichen Fähigkeiten wird wieder verlorengehen. Die seelische und gesellschaftliche Entwicklung der Jugendlichen erlebt einen Stillstand zu einem Zeitpunkt, in dem es gerade auf die Weiterbildung ankommt. Manche gute Anlagen im Menschen müssen infolgedessen verkümmern. Es fehlt den Jugendlichen dann jeder Antrieb zur sozialen, wie wirtschaftlichen Fortbildung. Wir alle kennen dieses Stadium.

In Deutschland zählen wir bei rund 6 Millionen Arbeitslosen zur Zeit ungefähr 900 000 arbeitslose Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren. Also rund ein Achtel aller erwerbstätigen Jugendlichen ist arbeitslos. Sofern die Altersklasse von 18 bis 21 Jahren für sich herausgehoben wird, steigt dieser Prozentsatz sogar auf 25—30 Prozent. Bei den weniger als 18 Jahre alten tritt die Arbeitslosigkeit nicht in diesem Maße in Erscheinung, weil diese Altersklassen zur Besetzung der vorhandenen Lehrstellen herangezogen werden.

Von den arbeitslosen Jugendlichen erhalten nach den Angaben der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung nur 207 000 Arbeitslosenunterstützung. 170 000 bis 180 000 erhalten Wohlfahrtsunterstützung. Die Zahl der tatsächlich unterstützten jugendlichen Arbeitslosen ist insgesamt bei 900 000 knapp 400 000. Der Rest, also 500 000 junge Leute erhalten überhaupt keine Unterstützung. Sie liegen ihren Eltern zur Last und sind in jeder Beziehung wirtschaftlich beengt.

Der Blick in die Zukunft ist hoffnungslos, die heutige Jugend ist ohne wirtschaftliche Existenz. Sie kennt keine Grundlage und keinen Raum zum Leben. Die noch arbeitenden Jugendlichen sind bei ihrer ohnehin nicht rosigen wirtschaftlichen Lage ständig der Gefahr der Arbeitslosigkeit ausgesetzt. Wirtschaftliche Unterdrückung, Ausbeutung und Existenzunsicherheit ist das Schicksal der Jugend.

Die heutige junge Generation hat ein Recht auf eine wirtschaftliche Existenz und sozialen Lebensraum. Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die dies den Menschen nicht geben kann, hat aufgehört, noch Vertrauen zu genießen.

In der heutigen Jugend muß aber außer dem Willen zur Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auch der Wille und die Kraft zum Aufbau des Sozialismus stärker werden. Sind Wille, Kraft und die Voraussetzungen zu einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung vorhanden, wird diese aufgerichtet werden können.

Aus unserem proletarischen Schicksal ergibt sich unsere revolutionäre Aufgabe. —gl.

Zur Landtagswahl

20 Millionen Menschen sind versichert in der Krankenversicherung;
18 Millionen in der Invalidenversicherung,
4 Millionen in der Angestelltenversicherung.

Sie alle teilen das harte Los des Proletariers!

Aber noch sind Viele politisch unaufgeklärt. Sie finden immer noch nicht den Mut, sich zum Sozialismus zu bekennen.

Verblendung und falscher Dünkel treiben manchen sogar soweit, bei den Wahlen direkt dem politischen Gegner seine Stimme zu opfern.

Dieser Wahl der Unvernunft und des Stumpfsinns muß gebrochen werden jetzt, bei den Landtagswahlen!

Diese Wahlen bringen eine Entscheidung von ungeheurer Tragweite. Es gilt diesmal, die Feinde des Volksstaates endgültig zurückzuschlagen!

Es geht gegen Arbeiterentrechtung, gegen Unterdrückung und Diktatur!

Deshalb am 24. April:
Den letzten Mann an die Urne, um der Idee der Freiheit, um dem sozialistischen und demokratischen Gedanken zum Siege zu verhelfen!

Ostern - Schulentlassung

Alljährlich zu Ostern entläßt die Schule viele Tausende hoffnungsvolle Jungen und Mädchen. Diese haben bisher erfreulicherweise den Ernst des Lebens nur wenig kennengelernt. Aber ihre Brust ist voll von Tatendrang, in ihr lebt die junge, zur Entfaltung drängende Kraft. Sie wollen hinaus ins Leben, sich der menschlichen Gesellschaft nützlich machen und ihr eigenes Schicksal in die Hand nehmen. Die Eltern haben sich alle Mühe gegeben, für ihre Kinder irgendein Unterkommen in der Wirtschaft zu finden. Von allen Seiten schallte es ihnen entgegen: Unser Betrieb ist überfüllt. Eine jede Berufsgruppe hat durch ihre Vertreter in der Tagespresse oder sonstwo erklären lassen, daß ihr Beruf kein wirtschaftliches Fortkommen mehr bietet. Man hatte geglaubt, daß die Kriegsjugend, weil sie nicht sehr zahlreich ist, ein gutes Fortkommen finden werde. Die große Wirtschaftskrise hat diese Hoffnungen gründlich zerstört. Viele junge Menschen sind bereits arbeitslos, noch mehr können es werden. Erich Kästner, einer der besten Vertreter der neuen Dichtergeneration, hat der Lage der heutigen Jugend in folgenden Zeilen Ausdruck verliehen:

Schon sind wir eine Million!
Wir waren fleißig und gelehrig.
Und ihr? Ihr schickt uns, minderjährig,
fürs ganze Leben in Pension.
Sind wir denn da um nichts zu tun?
Wir, die geborenen Arbeitslosen
verlangen Arbeit, statt Almosen,
und fragen euch: Und was wird nun?

Was wird nun? So fragen uns die jungen Arbeitslosen. Diese Frage richten auch Millionen Erwachsene an die Regierung und an all die Leute, die heute etwas zu sagen haben. Die Hoffnungslosigkeit, die viele Millionen bewegt, ist das größte Uebel der gegenwärtigen Zeit. Sie ist aber zugleich der größte Helfershelfer derjenigen politischen Gruppen, die viel zu versprechen vermögen und noch niemals die Gelegenheit benutzten, ihr Können zu beweisen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Jugendlichen ist in der Tat eines der wichtigsten und dringendsten Probleme im Rahmen der Pläne zur allgemeinen Arbeitsbeschaffung. Aber die Rezepte, die von Parlamentsdeclamatoren kommen, vermögen den Jugendlichen am wenigsten etwas zu bieten. Die Arbeitslosentage der Jugend muß mit Ernst und mit Nachdruck einer Lösung entgegengeführt werden.

Gegen die Arbeitsdienstpläne

Gegen Einführung des sogenannten „Arbeitsdienstes" wendet sich auch der Mittelstand. So lesen wir in der „Mittelständischen Wirtschafts-Korrespondenz" unter anderem folgendes:

„Man kann die soziale und psychologische Wichtigkeit des Arbeitsdienstes, der ja besonders die Jugendlichen in Arbeit bringen will, nicht verkennen. Aber die Idee hat auch wirtschaftliche

schaftsschädliche Auswirkungen. Gerade von seiten des Mittelstandes ist darauf hingewiesen worden, daß Arbeiten, die man in der Dienstpflicht verrichten zu können glaubt, mittelständlerischen Unternehmungen entzogen werden. Auch das, was über die Billigkeit der Arbeiten in der Dienstpflicht gesagt wird, stimmt nicht. So hat sich die Dienstpflicht vielfach auf Straßenbau und Straßenunterhaltung geturnt, in der irrigen Annahme, hier ein geeignetes Arbeitsobjekt zu finden, das billiger bewältigt werden kann. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Dinge etwas anders liegen. Zur Verrichtung solcher Arbeiten gehört eine sehr reiche Unternehmererfahrung, gehören ausgebildete Arbeitsmethoden, gehören vor allem geschulte Arbeiter, die auch in der Lage sind, Wind und Wetter widerstehen zu können. Alles ist beim Arbeitsdienst nicht der Fall. Man hat diese und ähnliche Arbeiten in der Arbeitsdienstpflicht nur horrend teuer verrichten können.

Es ist nur zu begrüßen, daß man aus den Erfahrungen die nötigen Lehren gezogen hat, und zwar hat das der Reichswirtschaftsrat getan, als er im Auftrage der Regierung seine Untersuchungen über die Arbeitsbeschaffung durchführte. Betont wird in der Auslassung des Reichswirtschaftsrats, daß es sich bei Arbeiten in der Arbeitsdienstpflicht nur um solche Arbeiten handeln könne, die von Jugendlichen wirklich billiger geleistet werden können. Man müsse Arbeiten wählen, die sich für Jugendliche besonders eignen und für die andere Arbeiter und andere Unternehmungen, deren Wiedereinstellung in den Arbeitsprozeß besonders wünschenswert erscheint, nicht oder kaum in Frage kommen.

Das entspricht unserer Auffassung, daß die Unterbringung der Jugendlichen nicht durch besondere Experimente, sondern nur durch eine allgemeine Belebung der Wirtschaft möglich ist. Bei der Belebung der Wirtschaft aber spielen die kleinen Betriebe die Hauptrolle. Schon darum ist es geboten, die Arbeitsbeschaffung für diese Betriebe nicht durch Maßnahmen abzuschnüren, die beispiellos teuer sind und auch keinen sozialerzieherischen Wert haben."

Also auch der Mittelstand lehnt den Arbeitsdienst, und zwar bedingtermeise ab. Bei etwas mehr Konsequenz müßte unseres Erachtens der Arbeitsdienstgedanke auch von ihm vollständig abgelehnt werden. Die vorgebrachten Gründe rechtfertigen eine völlige Ablehnung durchaus.

Der Gewerkschaftsbeitrag

Seine Bedeutung für den Freiheitskampf der Werktätigen.

Gegenwärtig ist ein ungeahnter Zwangsabbau der Löhne und Gehälter zu verzeichnen. In jedem Haushalt der Arbeiter und Angestellten muß mit allergrößter Sparsamkeit gewirtschaftet und jeder Pfennig beachtet werden.

Die nach Abzug aller Abgaben verbleibende Lohnsumme — von dem Einkommen der kurzarbeitenden und arbeitslosen Kollegen ganz abgesehen — stellt ungeheure Anforderungen an die Hausfrauen, die mit den paar Mark wirtschaften sollen. Es ist daher verständlich, daß auf den Verbandstagen der einzelnen Gewerkschaften die Frage der Gewerkschaftsbeiträge zur Erörterung kommt. — Die Verbände haben nun aber gerade als Hilfsorganisationen außerordentlich segensreich gewirkt. Herabsetzungen der Beitragseinnahmen würden unbedingt die Leistungen vermindern müssen. Aus diesem Grunde bedürfen Aenderungen auf diesem Gebiet einer besonders gründlichen vorherigen Ueberlegung.

Die Gewerkschaften haben gerade in Zeiten der Krise die Aufgabe, im Kampfe gewappnet dazustehen. Jede Gewerkschaft ist eine Massenvereinigung von Berufskollegen. So zu einer beachtenswerten Macht und Kraft vereint, suchen sie bessere Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Lassalle und Marx waren es, die seinerzeit die Werktätigen zur Selbsthilfe aufriefen, damit sie sich aus menschenunwürdigen Lebensverhältnissen befreien sollten. Diese beiden großen Sozialisten sahen in der Gewerkschaft das Werkzeug der Schwachen, welches die Uebergriffe der kapitalistischen Unternehmer abwehren und ständig für mehr Freiheit der Arbeitenden kämpfen sollte.

Um ihre erste Existenz hatten die Gewerkschaften einen außerordentlich schweren Kampf zu bestehen. Aber nach dem Fall des Sozialistengesetzes blühten sie immer stärker auf. Mit heizender Festigung wuchs der Einfluß auf Staats- und Gesellschaftsentwicklungen, nahm ihre Kampfesstärke und Kampfesharte gegenüber dem Unternehmertum immer mehr zu. Alles, was in den letzten 30 Jahren in Deutschland auf dem Gebiete der Sozialpolitik und des Arbeitsrechtes geschaffen worden ist, geschah meist nur auf das Drängen und durch die tatkräftige Mithilfe der Gewerkschaften.

Im Zeichen des Aufstiegs und des inneren Ausbaues lag auch die Vervollkommnung der Bildungsbestrebungen auf den verschiedensten Gebieten. Die Verbesserung des Bibliotheks- und Herbergswesens, die Ausgestaltung und Vermehrung der rechtsauskunftgebenden Arbeitssekretariate übernahmen die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Ein sehr wichtiger Hilfsbereich ist das gewerkschaftliche Unterstützungswesen geworden. Hunderte Millionen Mark werden jährlich den arbeitslosen, kranken, wandernden und invalid n Mitgliedern zugeführt. Hinzu kommen die verschiedenartigsten Beihilfen bei Unfällen, in dringlicher Not und bei Todesfällen. Der hilfsbereite, finanzielle Aufgabenkreis der Gewerkschaft ist also ungeheuer gewachsen.

Alle diese Einrichtungen, ihr Erhalt, ihr Ausbau und alle Gewerkschaftskämpfe werden aus der Masse der Gewerkschaftsbeiträge bestritten. Der Gewerkschaftsbeitrag ist die Verbindung allen gewerkschaftlichen Handelns und Kampfens, der Kriegskasse der organisierten Werktätigen.

Mit vielen Schlichen und Kniffen haben die Unternehmer von jeher versucht, die Arbeiter und Angestellten von der Gewerkschaft abzuhalten. Besonders gerne stellten die Unternehmer jedem in die Gewerkschaftskasse gezahlten Beitrag als reine Vergeudung hin. Jeder geschulte Kollege weiß, daß dies eine niederträchtige Verleumdung der Gewerkschaftsbewegung ist. Die Kampferfolge der Gewerkschaften hinsichtlich Bezahlung, Arbeitszeit und Bedingungen sind zu bekannt, um unterschlagt oder gar wegdeduziert zu werden. Und wer schon einmal arbeitslos, krank oder vom Arbeitsplatz in unbilliger Weise geschädigt wurde, hat mit leuter Freude an eigenen Leibe gespürt, was Gewerkschaftshilfe mit Geldunterstützung und Rechtsschutz bedeutet. Jeder konnte sich dann selbst davon überzeugen, daß der Gewerkschaftsbeitrag mehr Zins trägt als die beste Bankeinlage. Die Verbandskasse ist die rentabelste Sparkasse für den Werktätigen. Die Leistungen dieser Kasse waren zweifellos noch höher, wenn sich noch mehr Berufskollegen den Verbänden anschlössen wurden. Anstatt unterwürfig zu dienen und emsig zu norgeln, sollten alle Arbeiter und Angestellten ohne Ausnahme aufrechte, opferbereite, selbstbewußte Männer werden, die wissen, daß sie berufsloses Nonnen haben und darum auch zu beschränken Einkommen beanspruchen dürfen.

Die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen haben hier und da bei Gewerkschaftskassen geschwacht. Obwohl durch die gewaltigen Arbeitslosigkeit die gewerkschaftlichen Einnahmen fortwährend sinken und dabei die Unterstützungen und sonstigen Ausgaben immer höher und teuriger werden, haben viele Gewerkschaften die bisherigen Unterstützungssätze hochgehalten. Einzelne Verbände gehen sogar schon sehr lange von ihrem Vermögen. Sie wollen alles keinen Mammon, keine Kirchenschätze aufhäufen. Sie geben sorglos alles fort, bis nichts mehr da ist. Aber darf es so weit kommen? Soll so das einzige Machtmittel zerstört werden, das den Arbeitenden im Wirtschaftskampfe zur Verfügung steht? Soll so den vielen Feinden der Gewerkschaftsbewegung Vorschub geleistet werden? Jeder überzeugte Gewerkschafter wird diese Fragen schroff verneinen.

Die Existenz der Gewerkschaften als Kampfwaffe muß unbedingt erhalten werden. Nicht nur, um den Kampf für eine bessere Verteilung des sozialen Arbeitsertrages fortzuführen, sondern auch um alle Errungenschaften gegen den anstürmenden Kapitalismus und Faschismus zu verteidigen und zu erhalten. Falsche Sparsamkeit ist völlig unangebracht. Gerade in dem heutigen kritischen Augenblicke gilt es, den Geist der Kameradschaftlichkeit, den Geist der Solidarität und gegenseitigen Hilfe zu zeigen und zu beweisen. Besser ist es, den Beitrag auf der bisherigen Höhe zu halten und unter Umständen auch mit etwas niedrigerer Unterstützung zufrieden zu sein, anstatt daß alles, was jahrzehntelang mühselig unter großen Opfern aufgebaut wurde, zusammenbricht. Jeder muß erkennen, daß die Gewerkschaft eine Schicksalsgemeinschaft ist, wo ein Spitzler den anderen, ein Werktätiger das andere trägt und stützt. Nimmt man das Fundament der Gewerkschaftsbeitrag fort oder verkleinert man es nur, dann folgt der Einsturz bald ganz von selbst.

Die Gewerkschaften können für sich in Anspruch nehmen, daß es neben ihnen keine Einrichtung gibt, deren Verwaltungsapparat so wenig Kosten erfordert. An vielen Orten erfolgt die Kassenverwaltung kostenlos im Ehrenamt. Die Gewerkschaften haben nur einen aufgeblähten Verwaltungsapparat beseitigen. Trotz erhöhter Belastung ist er in den letzten Jahren in dieser Hinsicht ununterbrochen rationalisiert und verbilligt worden. Die Verwaltungskosten sind auf ein ganz geringes Bruchteil der Gesamtausgaben gesunken. Zu weitgehende Einschränkungen führen aber nur zur Schädigung der Kollegen selber.

So zeigt sich also gerade in der jetzigen Krisenzeit die große Kampfesbedeutung des Gewerkschaftsbeitrags. Er ist die Grundlage für den Widerstand gegen die reaktionären Kapitalbesitzer und Feinde der Sozialpolitik. Seine ganze sozial- und ethische Größe zeigt der Gewerkschaftsbeitrag da, wo er als Ausdruck der Solidarität und Opferwilligkeit für unverschuldete in Notlage geratene Kollegen und Mitarbeiter wirkt. Wer darum wirklich überzeugter Anhänger seines Verbandes ist, wer die Gewerkschaft nicht als bloßer Unterstützungsverein betrachtet, nur von ihr die Erkämpfung einer besseren Gesellschaftsordnung erwartet, wird darum trotz Anpöbeleien von links und von rechts dem Verbande die Treue halten und alle Mitgliederpflichten voll und freiwillig erfüllen. Christian Silberhell.

Eine Regel beim Lesen ist: die Absicht des Verfassers und den Hauptgedanken auf wenig Worte zu bringen und sich unter dieser Gestalt zu eigen zu machen. Wer so liest, ist beschäftigt und gewinnt.

Georg Christoph Lichtenberg.

Jack London

Die Insel Berande

Copyright 1927 by Universitas Deutsche Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin. — Volksausgabe der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61

(89 Fortsetzung)

Dann aber kehrte er zur Wirklichkeit zurück, und sein Gesicht wurde hart. Jetzt war sie an der wilden Küste von Malaita oder auf Punga-Punga, in einer der schlimmsten, gefährlichsten Gegenden der Welt, die von einer furchtbaren Bande von Kopfjägern, Räubern und Mördern bewohnt wurden. Im ersten Augenblick dachte er daran, seine Bootsbesatzung zu rufen und sofort im Boot nach Punga-Punga aufzubrechen. Aber gleich darauf verwarf er die Idee wieder. Was half es, wenn er hinfuhr? Vor allem würde sie es ihm übelnehmen; dann würde sie ihn auslachen und ihn einen Narren nennen, und außerdem würde er nur ein Gewehr mehr bedeuten, und sie hatte viele Gewehre bei sich. Wenn er hinfuhr, konnte er nur dreierlei tun: ihr befehlen, zurückzukommen, ihr die Flibberty Gibbet wegnehmen oder die Teilhaberschaft auflösen. Er wußte, daß das alles töricht und zwecklos war, und er hörte sie schon im Geiste mit dürren Worten erklären, daß sie mündig sei, und daß ihr niemand etwas zu befehlen habe. Nein, sein Stolz erlaubte ihm nicht, nach Punga-Punga zu fahren, wohl aber flüsterte sein Herz, daß ihm nichts willkommener sein könnte, als eine Botschaft von ihr, daß sie ihn bäte, zu kommen und zu helfen. Und er bildete sich ein, daß sie diese Worte sprechen würde.

Ihr selbständiges Wesen beunruhigte ihn in vieler Beziehung. Er erschrak bei dem Gedanken, daß sie mit dem betrunkenen Gesindel der Händler und Abenteurer von Guvutu in so nahe Berührung kam. Das war schlimm genug für einen Mann, der etwas auf sich hielt, für ein junges Mädchen aber war es geradezu furchtbar. Der Diebstahl der Flibberty-Gibbet war eher belustigend, wenn ihn auch die Art und Weise, wie sie ihn ausgeführt hatte, verletzte. Aber er fand einen gewissen Trost in der Tatsache, daß sie die Aufgabe, Olson betrunken zu machen, den drei Saufern zugeteilt hatte. Und plötzlich sah er sie wieder im Geiste allein mit diesen drei Kerlen auf der Emily, wie sie in der Abenddämmerung von Guvutu in See gingen. Aber dann dachte er an Adam-Adam und Noah-Noah und ihr ganzes braunes Tahitianergefolge, und seine Sorge schwand und machte der Aufregung darüber Platz, daß sie überhaupt etwas so Abenteuerliches tun konnte. Und die Erregung steckte ihm noch in den Gliedern, als er aufstand und ins Haus trat, wo er auf den Nagel an der Wand starrte und wünschte, daß der Cowboyhut und der Revolvergürtel noch daran hingen.

Romane werden Wirklichkeit

Mehrere Wochen verstrichen in Ruhe. Nach dem ungewöhnlich starken Besuch von Schiffen vereinsamte Berande wieder. Scheldon setzte seine täglichen Rundgänge fort, rodete Busch, pflanzte Kokosnüsse, trocknete Kopra, baute Brücken und ritt dabei die Pferde, die Joan gekauft hatte. Nachricht bekam er nicht von ihr. Werbeschiffe mieden die Punga-Punga-Küste ängstlich: die Clansman, ein Werbeschiff aus Samoa, das eines Abends um einer Partie Billard und eines Plauderstündchens willen vor Anker ging, erzählte, daß unter den Eingeborenen das Gerücht ginge, es sei auf Punga-Punga zu Kämpfen gekommen. Da diese Nachrichten sich aber nicht über die ganze Insel verbreitet hatten, konnte man ihnen nicht viel Glauben schenken.

Der Sydneyer Dampfer, die Kammambo, unterbrach die Stille auf Berande eine Stunde lang, um Post, Vorräte sowie die Bäume und Samen, die Joan bestellt hatte, auszuschiffen. Die Minerva brachte auf der Fahrt nach Kap Marsh die beiden Ruhe aus Nogi. Die Apostel, die schnell nach Tulagi zurück wollte, um den Sydneyer Dampfer zu erreichen, schickte ein Boot mit den Orangen und Zitronenbäumen aus Ulawa an Land. In diesen wenigen Wochen war das Wetter herrlich. Es gab Tage, an denen auf der atemlosen See ununterbrochene Stille herrschte. Und Tage, an denen nur wenige Stunden lang ein schwacher Wind aus irgendeiner Richtung wehte. Nur die nächtliche Landbrise wehte regelmäßig, und deshalb fuhren die Kutter und anderen Segelschiffe, die gelegentlich hierher kamen, nachts vorbei, um lieber die leichte Brise auszunutzen, als für eine Stunde zu ankern.

Dann kam der langerwartete Nordwest. Acht Tage lang tobte er, schlief für ein Weilchen ein, brchte dann ein oder zwei Strich und raste mit erneuter Heftigkeit. Scheldon achtete sorglam auf die Gebäude: die Fluten des Balelima machten so heftige Angriffe auf das hohe Ufer, von dem Joan geschrieben hatte, daß er alle Leute anstellen mußte, um den Kampf mit dem Strom aufzunehmen.

Als dann wieder gutes Wetter folgte, ließ er eines Morgens die Schwarzen allein bei der Arbeit und ritt mit einem Gewehr über dem Sattel auf die Taubenjagd. Zwei Stunden später brachte einer der Hausboys, atemlos und von Dornen zerkratzt, die Nachricht, daß die Martha, die Flibberty-Gibbet und die Emily den Ankerplatz ansteuerten.

Er erreichte das Grundstück, konnte aber nichts sehen, bis er um die Ecke der Bungalows geritten war.

Dann sah er alles zugleich: auf See, wohin sein Blick zuerst fiel, ragte die Martha hoch auf neben dem Kutter und der Jacht, die sie abgeschleppt hatten, und dann sah er auf dem Platz vor der Verandatreppe eine große Anzahl frisch gewordener Kannibalen. Alle trugen neue, schneeweiße Leinentücher, und Scheldon schloß daraus, daß es Rekruten waren. Einer kam gerade die Treppe herunter, während der andere, dessen Name aufgerufen war, hinaufschritt. Es war Joans Stimme, die gerufen hatte, und Scheldon zügelte sein Pferd und beobachtete. Sie saß zwischen Munster und seinem weißen Steuermann auf der Veranda. Sie hatten lange Listen vor sich liegen, und Joan stellte Fragen und trug die Antworten in das große, rot gebundene Arbeiterjournal von Berande ein.

„Was Name?" fragte sie den Schwarzen auf der Treppe.

„Tagari", lautete die von Grinsen und neugierigem Verdrehen der Augen begleitete Antwort: es war das erste Haar eines Weißen, das der Schwarze je gesehen hatte.

„Was Ort gehören du?"

„Bangoora."

Niemand bemerkte Scheldon, und er blieb auf dem Pferdsitzen und beobachtete weiter. Bevor die Antwort eingetragen war, entstand eine Meinungsverschiedenheit, die Munster schließlich beendete.

„Bangoora?" sagte er. „Das ist das Stückchen Strand am Ende der Bucht von Latta. Er ist als Lattamann eingetragen — sehen Sie hier: Tagari, Latta."

„Was Platz holen dich weißer Herr?" fragte Joan.

„Bangoora", erwiderte der Mann, und Joan trug es ein. „Ugu!" rief Joan.

Der Schwarze ging hinunter, und ein anderer trat vor. Ehe Tagari aber das Ende der Treppe erreicht hatte, erblickte er Scheldon. Es war das erste Pferd, das der Schwarze in seinem Leben sah, und er stieß einen Schreckensruf aus und rannte wie toll wieder hinauf. Gleichzeitig floh die Masse der Schwarzen zusammengedrängt in panischem Schrecken aus Scheldons Nähe. Die grinsenden Hausboys ermutigten sich und die wilde Flucht kam ins Stocken, wobei die neugeworbenen Kopfjäger dicht zusammengedrängt und unsicher auf die schreckliche Erscheinung starrten. (Fortsetzung folgt.)

Entlarvt sie,

die National„sozialistische" Arbeiterpartei

Am 18. Februar 1930 fandte der national„sozialistische" Agitationsleiter für Dresden an den Fabrikdirektor Fritsche in Wemtar ein Schreiben, in dem u. a. nachfolgendes stand:

„In Ihrer Bemerkung betreffend sozialistische Arbeiterbewegung, Antikapitalismus und wie Sie sich danach ausdrücken, will ich Ihnen nur mitteilen: Lassen Sie sich doch nicht immer von dem Text unserer öffentlichen Plakate beirren! Der Zweck heiligt die Mittel . . . Sind Sie versichert, mein verehrtester Herr Direktor, wenn Ihnen um Ihre Zukunft bange ist (herzlich Ihres zur Zeit schwankenden Unternehmens), dann sind Sie nirgends besser geborgen als bei unserer NSDAP. Gewiß, es sind Schlagworte – wie „Nieder mit dem Kapitalismus", Juden usw. . . , aber sie sind unbedingt notwendig, denn unter dem Banner „deutsch-national" oder nur „national" allein, wissen Sie, kommen wir nicht zum Ziel, haben wir also keine Zukunft mehr . . . Also – verstehen Sie nur recht – wir müssen die Sprache der verbitterten sozialistischen Arbeiter sprechen, um selbige an uns zu ziehen, sonst würden sie sich nicht bei uns zu Hause fühlen. Mit einem direkten Programm marschieren wir nicht auf – aus diplomatischen Gründen –, das behalten wir uns vor."

Das also ist die Partei, die es fertig bringt, sich „sozialistisch" zu nennen und die sich als „Arbeiterpartei" bezeichnen will!

Der Sozialismus des Hohenzollernprinzen

In der NSDAP., dieser angeblichen Arbeiterpartei, spielen neben Generälen, Großgrundbesitzern, Großunternehmern auch ehemalige Hohenzollernprinzen eine gewisse Rolle. Der jüngste von ihnen ist Prinz August Wilhelm. Dieser hat kürzlich in Köln in einer Nazi-Versammlung gesprochen, in deren Verlauf er sich gegen die Deutschnationalen wendend, folgendes zum Ausdruck brachte: „Wenn sie jetzt anfangen, unseren Führer zu verunglimpfen und unseren Sozialismus zu verderben, dann frieren wir es mit uns zu tun, dann werden wir kein Blatt mehr vor den Mund nehmen." – Der Sozialismus, den Prinz August sich in seinem Kopf zurechtmacht, wird sich mit dem schnellen, der dem Großindustriellen Ihssen vorschwebt. Aber wir fragen uns mit Recht: Was haben Arbeiter und Angestellte in einer Partei zu tun, wo derartige Leute eine Rolle spielen?

Hitler wird bescheiden

In einer Weimarer Nazi-Versammlung erklärte Hitler, er habe es nicht für moralisch gehalten, daß die Sozialdemokratische Partei bis zum letzten Mann für Hindenburg eintreten wurde, er müsse daher offen zugeben, daß seine Rechnung infoweit einen schweren Fehler aufgewiesen habe. Der Kampf werde weitergehen, bis das „Zwischen" und seine Parteien niedergeworfen seien. Der Tag, an dem diese Aufgabe gelöst sein werde, werde bestimmt kommen, gleichgültig, ob schon morgen oder erst in zehn Jahren.

Bisher hieß es aber immer, daß die Nazis unmittelbar vor der Machtergreifung standen.

Der Gipfel der Naziverleumdungen

In einigen Gegenden, darunter auch im Rheinland, war von nationalsozialistischer Seite im Wahlkampf die ungeheuerliche Behauptung verbreitet, Reichsarbeitsminister Stegerwald, der preußische Ministerpräsident Braun und der preußische Innenminister Severing hätten,

„um die Beamtengehälter und die Erwerbslosengelder ein Monate weiter auszahlen zu können, die Provinz Ostpreußen an Litauen und Polen verkauft; nach acht Monaten soll dann auch das Rheinland an Frankreich verschachert werden".

Wie tief traten doch die Nationalsozialisten die Menschen ein, wenn sie ihnen solchen Blödsinn vorzusetzen wagen.

Aus der Schuh- und Lederarbeiter-Internationale

Finnland

In Finnland hat sich die Arbeiterbewegung im vergangenen Jahre wieder gesammelt, nachdem sie vor zwei Jahren durch die Schuld der Kommunisten zusammengebrochen war. Eine neue Gewerkschaftszentrale wurde ins Leben gerufen – Finnlands Arbetarforbund – und diese hat bereits viele Berufe organisiert. Teilweise sind selbständige Verbände geschaffen worden – teilweise sind die Arbeiter als Fachgruppe der Zentrale angegliedert. Dazu gehören auch die Schuh- und Lederarbeiter.

Kürzlich hat der Finnische Gewerkschaftsbund für diese Gruppe die Wiederaufnahme in die Internationale Vereinigung der Schuh- und Lederarbeiter beantragt und der Internationale Sekretär hat dem stattgegeben, so daß wir nunmehr die finnischen Genossen wieder zu den Unsrigen zählen können. Damit steht auch der Aufnahme der finnischen Schuhmacher in das Skandinavische Schuhmacherkartell nichts mehr im Wege. – Zunächst ist die Fachgruppe noch schwach, sie umfaßt zunächst 250 Mitglieder, hat jedoch eine rührige Agitationsarbeit entwickelt.

Frankreich

Die Wirtschaftskrise greift in Frankreich immer mehr um sich und die Schuh- und Lederindustrie, besonders die Schuhindustrie ist von ihr stark in Mitleidenschaft gezogen.

In den großen Bezirken der Schuhindustrie Limoges u. a. haben einige Betriebe ganz geschlossen, andere arbeiten kurz. Die Arbeitslosigkeit ist bedeutend. Besonders in Paris liegt die Schuhfabrikation ganz danieder und die Arbeitslosigkeit ist entsprechend groß. Nur in Nancy ist die Beschäftigung besser, ebenso in Reunes, wo Militärstiefel fabriziert werden.

In Paris, Limoges und anderen Bezirken werden die Arbeitsprozesse geändert, um die Löhne zu reduzieren.

In dem großen Zentrum der Schuhindustrie Fougères fordern die Fabrikanten die Abschaffung der Indexberechnung als Lohnbasis. Obgleich der Index seit neun Monaten gefallen ist und dadurch eine allgemeine Senkung der Löhne um 20 Prozent herbeigeführt hat, verlangen sie die Aufhebung der Indexberechnung, weil sie sich damit eine weitere Lohnreduktion um 20 Prozent versprechen. Der Konflikt hat sich hier bereits zum offenen Kampf zugespitzt. 5000 Schuharbeiter stehen im Streik. Fougères ist der Industrieplatz, an welchem in den vergangenen Jahren mehrere größere Streiks durchgekämpft worden sind. Ueber den Ausgang des Konfliktes sind bisher Nachrichten noch nicht eingelaufen.

Zollwünsche der Schuhfabrikanten

Die Fabrikanten der französischen Schuh- und Lederindustrie versuchen ebenso wie ihre Kollegen in anderen Ländern ihr Mütchen – den Lohnabbau – anzuwenden. Die Angriffe auf den Lohn konnten bisher noch zurückgewiesen werden. Die Schuhfabrikanten verlangen Erhöhung der Schutzzölle oder Lohnabbau. Einstweilen haben sie höhere Zolltarife durchgesetzt.

Die organisierte Arbeiterschaft lehnt die Erhöhung der Zölle ab, doch verspricht sie sich eine Erleichterung der Lage von der Kontingentierung der Einfuhr in allen Zweigen der Schuh- und Lederindustrie. Diese Forderung, die von der Linken Zeit vom französischen Lederarbeiterverband aufgestellt und propagiert worden ist, hat sich nun auch die Unternehmerschaft zu eigen gemacht.

Die Genossen Dret und Raux haben in einer Versammlung von Unternehmern der Schuh- und Lederindustrie zu dieser Angelegenheit das Wort ergriffen – wofür sie natürlich von den Kommunisten aufs heftigste angegriffen worden sind – und haben erklärt, daß die Forderung der Kontingentierung bei der augenblicklichen Lage der französischen Schuh- und Lederindustrie unbedingt verwirklicht werden muß, während Lohnabbau die Arbeitslosigkeit verschlimmern müsse, da er zur Verminderung der Kaufkraft und Unterkonsumtion führe. Als weitere Forderungen proklamierten sie die Einführung der 40-Stunden-Woche und den allgemeinen Abschluß von Tarifverträgen. Die Erhöhung der Zölle, so erklärten beide Genossen, würde keine Besserung der Lage bringen.

Es wurden daraufhin von Vertretern der Unternehmer und Arbeiter Schritte beim Handelsminister unternommen und seine Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der Kontingentierung gelenkt. Dieser jedoch wünscht zunächst die Wirkung des Gesetzes über die Erhöhung der Zölle, das am 28. November 1931 angenommen wurde, abzuwarten.

In den beteiligten Kreisen aber sieht man immer mehr ein, daß die Zollerhöhung der Produktion keinen Schutz gewähren kann. In der Schuhindustrie ist das tschechische Konkurrenz nicht abgewendet worden – sie weiß das Gesetz zu umgehen.

England

Bata in England

In der Januar-Nummer der Verbandszeitung des Nationalverbandes der Schuhfabrikarbeiter Englands wird folgendes mitgeteilt:

„Die britische Tagespresse macht freiwillige Propaganda für den tschechischen Schuhkönig, indem sie überall die Nachricht verbreitet, daß er die Absicht habe, in Essex ein großes Terrain zu erwerben. Er plant dort den Bau einer Fabrik, die 5000 Schuharbeiter beschäftigen soll; zugleich die Anlage einer Gartenstadt für sein Personal von unübertrefflicher Schönheit.

Wir raten unseren Mitgliedern, diese Nachricht zunächst mit Vorsicht aufzunehmen. Wir haben zur Zeit nicht genug Arbeit für alle unsere Berufsangehörigen. Ein Fabrikbetrieb Batas in England wurde nur auf Kosten unserer jetzigen Unternehmer möglich sein und zur Besserung der Wirtschaftslage und dem Aufblühen der Industrie nichts Wesentliches beitragen können.

Auf der anderen Seite können die britischen Schuharbeiter versichert sein, daß wir die restlose Anerkennung der Bestimmungen unseres Reichsabkommens für die Schuhindustrie auch in einem Betrieb Batas durchsetzen werden."

Die Arbeitslosigkeit

in der Schuhindustrie Großbritanniens hat sich gegen den Schluß des Vorjahres noch vermehrt. Im November wurden 30,6%, im Dezember 30,0 arbeitslose Verbandsmitglieder gezählt, das entspricht Prozentsätzen von 7,9 bzw. 9,1 der Gesamtmitgliedschaft. Die staatliche Arbeitslosenversicherung gibt in ihrer Arbeitslosenstatistik einen bedeutend höheren Prozentsatz an. Demnach waren am Jahresende 1931 19,5 Prozent der versicherten Schuharbeiter ohne Arbeit. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß bei dieser Berechnung auch die Kurzarbeiter in Arbeitslose umgerechnet werden.

Schweiz

Der Schweizer Verband der Bekleidungs- und Ausrüstungsarbeiter führt schon seit Monaten einen harten Kampf gegen den Lohnabbau, insbesondere in der Schuhindustrie. In seinem Bestreben, eine weitere Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse abzuwehren, wird er immer wieder empfindlich gestört durch die kommunistischen Querteibereien. Trotzdem ordnen sich allmählich die Verhältnisse im neuen Lederarbeiterverband und es geht stetig vorwärts.

Die Organisation hat nunmehr einen hauptamtlichen Sekretär, den Genossen Balsiger, eingesetzt. In der letzten Sitzung des Zentralvorstandes, am 9. und 10. Januar, wurde eine Beitragserhöhung beschlossen, um die Leistungen der Arbeitslosenkasse verbessern zu können.

Die Zahl der Mitglieder beträgt jetzt etwa 2000; die Auflage des Fachblattes ist 2300 Stück.

Mögen diese Anfänge bescheiden sein, aber die führenden Genossen haben den festen Willen, in ihrem Kampf nicht zu erlahmen und den Gewerkschaftsgedanken aber alle Widerstände hinweg wieder zu Ehren zu bringen.

Deutsche Lederausfuhr 1931

Am verflossenen Jahr hieß Deutschlands Lederausfuhr mengenmäßig um 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück. Die gesamte Lederausfuhr betrug

1928 . . .	145 230 Doppelzentner,
1929 . . .	166 927 Doppelzentner,
1930 . . .	163 561 Doppelzentner,
1931 . . .	149 164 Doppelzentner.

Von den wichtigsten Posten der Ausfuhr im Jahre 1931 entfallen auf

Bodenleder	18 420 Doppelzentner,
Oberleder	67 166 Doppelzentner,
Rindlederschuhe	1 930 926 Stück,
Ziegen- und Zickelleder	5 845 023 Stück
Schaf- und Lammleder	1 445 454 Stück.

Die gesamte Lederausfuhr im Jahre 1931 repräsentierte einen Wert von 178 829 000 RM.

Zahlen über den Schuhkonsum

Der Schuhhandel in Deutschland rechnet auf 100 000 Einwohner etwa 26 Spezial-Schuhgeschäfte. Pro Kopf gibt die Einwohnerschaft Deutschlands etwa 16 RM für Schuhwerk aus. Der Durchschnittsumsatz eines Spezial-Schuhgeschäfts beträgt 30 000 RM im Jahr. Dieser Durchschnittssatz ist deshalb so überraschend niedrig, weil in der Provinz der Handwerkshandel immer noch eine bedeutende Rolle spielt.

Für die Urlaubstage

Wenn die Heime deiner Organisation! Die Jenaer Aerztenachrichtenoffenlichkeit „Aeskulap" schreibt uns: Nach langen arbeitsreichen Monaten – Aerzte! kostbare Wochen und Tage für jeden, der sein Zaus immer den gleichen Platz zwischen Wohnung und Gewerbe angegangen ist, der an 300 Tagen immer die gleichen Menschen gesehen und immer dieselbe Arbeit getan hat. Doppelt wichtig darum, diese kostbare Zeit so zu verbringen, daß dem verdienterweiseten Viertel des jährlichen Lebens ein kräftiges Gegengewicht geboten wird. Das kann restlos nur erreicht werden durch eine ganzlich neue Umgebung, die vollkommen neue Eindrücke vermittelt durch einen Ortswechsel, der auch dem Körper kräftige Anregung bietet und den Arbeitsstand gründlich aus den Gleisen und von der Zeile wegschaltet. Darum ist eine Aerztereise alles andere als ein unerlaubter Luxus, wenn an ihrem Ende ein neuer Mensch mit frischem neuem Lebensmut entstanden ist.

Aber die Kosten! Nun, sie sind auch für bescheidenen Einkommen erschwinglich. In Beachtung unserer Gemeinnützigkeit sind sie zu den wirklichen Selbstkosten errechnet. Gleichsam sei die Zront in der Unterstützung der wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeitnehmerschaft. Deshalb fordere unseren neuen Prospekt. Wir übersenden ihn gern kostenlos gegen Beifügung von Rückporto.

Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Aerzte- und Erholungsheime m. b. H., Zitz Jena, Martenstraße 1.

Nazisieg bedeutet Katastrophe

Bemerkenswerte Ausführungen des württembergischen Staatspräsidenten

Der württembergische Staatspräsident Bolz führte in einer öffentlichen Wahlversammlung in Stuttgart aus:

„Weiß das deutsche Volk überhaupt, was es bedeutet, wenn am kommenden Sonntag die Rechtsradikalen siegen? Junge und Alte sind der Bewegung nachgelaufen, und wenn man einen fragt: Was machen Sie, wenn Sie ans Ruder kommen?, so ist die Antwort: Vertrauen zu unseren Führern! Deutschland erwache! Gegen das System! So und anders lauten ihre Schlagworte.

Unsere Aufgabe muß sein: den Sieg der Nationalsozialisten am kommenden Sonntag und bei den später folgenden Wahlen unbedingt zu verhindern, denn ihr Sieg bedeutet eine Katastrophe.

Katastrophe in der Außenpolitik und in der Innenpolitik. Dann stößt Radikalismus auf Radikalismus.

Haben die Nationalsozialisten überhaupt eigene Ideen?

24 Punkte stehen in ihrem Programm, von denen sie aber nicht viel wissen wollen. Bei ihnen ist alles Bewegung. Sie kopieren das Vorbild der Faschisten Italiens. Besitzergreifung der Macht ist ihnen alles, und haben sie ihren Mann als Reichspräsidenten, so wird derselbe dem Volke seine Verordnungen diktieren und die SA.-Männer werden an der Durchführung mitwirken. Diktatur!

Keine politische Freiheit mehr!

Keine Pressefreiheit, keine Organisation mehr, die nicht in die neue Bewegung paßt.

Glaubt jemand, das deutsche Volk mit seinen Millionen Arbeitern ließe sich diesen Zwang gefallen,

kommunistische und sozialistische Arbeiter, die von ihren Führern ein halbes Jahrhundert politisch erzogen wurden?

Und das

wahre Gesicht der Nationalsozialisten?

Glaubt jemand, eine gewisse Schicht von ehemaligen Offizieren, Adligen, Großindustriellen hätte den ehrlichen Willen, wahre Arbeiterpolitik zu machen? Niemals! Umwälzung unserer sozialen, gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, um wieder an die Spitze zu kommen, das ist ihr wahres Ziel. Dem Volke muß gesagt werden, daß man mit Phrasen, großen Worten, Paraden und Uniformen keine Politik machen kann, sondern nur mit Verstand, Sachlichkeit, Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit. Nur so finden wir die rechten Mittel und Wege, aus unserem Elend herauszukommen."

Schuh-Industrie und -Handwerk

Neue amtliche Lohnerhebung in der Schuhindustrie

Aehnlich der vor Jahren aufgenommenen amtlichen Lohnstatistik soll demnächst eine zweite amtliche Erhebung über die Verdienstlage in der Schuhindustrie aufgenommen werden. Es werden die in den beiden Wochen nach dem 5. März tatsächlich erzielten Verdienste ermittelt. Die Ergebnisse sollen diesmal nach Produktionszweigen getrennt bearbeitet werden.

Nach § 3 des Gesetzes über die Lohnstatistik vom 14. Juli 1927 ist dem Betriebsrat ein Mitwirkungsrecht bei der Lohnerhebung eingeräumt. Die Betriebsräte haben also die Aufgabe, mit darüber zu wachen, daß das Erhebungsergebnis ein wirklich objektives Bild ergibt. Sie müssen sich daher vergewissern, ob die ermittelten Lohnangaben mit den Eintragungen im Lohnbuch übereinstimmen. Denn, wie bekannt, wird auf dieses statistische Material bei den Lohnverhandlungen sehr großes Gewicht gelegt.

Häute- und Lederindex.

Die deutsche Indexziffer der Großhandelspreise für Häute und Leder ist zum Zeitstag 9. März 1932 mit 65,8 ermittelt worden gegen 66,5 am 2. März 1932 und 66,9 am 24. Februar 1932. Der Gesamtindex ist von 100,1 am 24. Februar auf 99,8 am 2. März zurückgegangen und dann wieder auf 100,2 am 9. März 1932 angestiegen. (1913 = 100)

Arbeiterentlassungen in tschechischen Schuhfabriken.

Die „Prager Presse" meldet mitzuteilen, daß sich verschiedene tschechoslowakische Schuh- und Lederfabriken mangels zureichender Absatzmöglichkeiten zu Arbeiterentlassungen genötigt sahen. Firmennamen werden von dem Blatte nicht genannt. Sofern man Berichten in der Tschechoslowakei Glauben schenken darf, ist davon auch Zlin betroffen. So sollen, wie man aus der Presse erfährt, in den Stammwerken Batas' in Zlin Massenentlassungen zur Tatsache werden. Es sei Anfang März 600 Angestellten und 900 Arbeitern in Zlin gekündigt worden.

Danzig

27 490 Gulden Schadenersatz

fordert der **Danziger Hafenbetriebsverein** (Unternehmerverband) vom Freigewerkschaftlichen Gesamtverband und dem christlichen Zentralverband. **Vier kommunistische Hafenarbeiter hatten sich erboten, zu bezeugen, daß der Gesamtverband** einen von den Kommunisten mit List und Gewalt eingeleiteten wilden Hafenarbeiterstreik **durch Geldmittel unterstützt habe,** obwohl den Organisationen durch Verbindlichkeitserklärung die Friedenspflicht auferlegt war.

Das Arbeitsgericht Danzig hat die Klage kostenpflichtig abgewiesen. Im Tatbestand wird zugegeben, daß es den Gewerkschaften durch den Terror der Kommunisten tagelang nicht möglich war, mit ihren Mitgliedern in Verbindung zu treten. Die Versammlungen wurden trotz starkem Selbstschutz durch „radikale Elemente verhindert". „Die beklagten Gewerkschaften erließen" nach der Verbindlichkeitserklärung „sofort ein Flugblatt, das die Arbeitnehmer aufforderte, den Streik abzubrechen."

Im Termin hat der Kläger (Unternehmerverband) die Behauptung, daß die Gewerkschaften oder ihre Vertreter nach der Verbindlichkeitserklärung „weiter zum Streik aufgefordert haben und ihn organisiert hatten", zurückgezogen. Aber, so meint der Kläger, die Gewerkschaften hätten sich schuldig gemacht und mußten vorurteilt werden, weil sie den Streik vorbereitet und durch Zahlung einer Unterstützung die Fortsetzung des Streiks gefördert hatten.

Der Gesamtverband wandte ein, daß er mit seinen meistens in Neufahrwasser wohnenden Mitgliedern nicht in Verbindung treten konnte, da dort die KPD. alle Lokale belegt hatte. Die Kollegen mußten nach Danzig kommen und auf der Straße unterrichtet werden. Man konnte ihnen nicht zumuten, den Weg zu Fuß zu machen, deshalb sei ihnen eine Woche nach Ausbruch des Streiks eine einmalige Unterstützung ausgezahlt worden. Die weitere Unterstützung für einen halben Tag Streik vor der Verbindlichkeitserklärung sei berechtigt gewesen. Diese Berechtigung hat schließlich auch der Kläger anerkannt.

Das Gericht entschied, daß die Vorbereitung des Streiks kein Verstoß gegen die Friedenspflicht ist, denn diese entstand erst durch die Verbindlichkeitserklärung. Bis dahin war der Streik als „ordentliches Kampfmittel zulässig". Zu der Erklärung, daß die einmalige Unterstützung, die im Durchschnitt 12 Gulden betrug, eine Bezahlung für Fahrgelder gewesen ist und keine rechtswidrige Unterstützung, bemerkt das Gericht u. a.:

„Dieser Auffassung kann das Gericht nicht in vollem Maße folgen, es nimmt vielmehr an, daß die Beklagten ihren Mitgliedern, die sich natürlich in großer Not befanden, in gewisser Weise eine Unterstützung zuteil werden lassen wollten, wenigstens teilweise. An sich mag eine derartige Unterstützung nicht zulässig sein, es fragt sich aber, ob im vorliegenden Falle dadurch die Friedenspflicht tatsächlich verletzt ist. Die Gewerkschaften befanden sich in einer sehr unangenehmen Lage. Die radikalen Elemente terrorisierten ihre Mitglieder, die zum Teil arbeitswillig waren. Die Führer der Gewerkschaften wurden bedroht und konnten sich gegenüber dem Terror der radikalen Elemente keinerlei Geltung verschaffen. Unter diesen Umständen kann man es den Gewerkschaften nicht verübeln, daß sie den Mitgliedern eine Unterstützung zahlten, einmal, um ihnen das Fahrgeld zu ersetzen, anderseits, um ihnen eine gewisse Zuwendung zu machen. Das Gericht faßt das so auf, daß die Gewerkschaften das getan haben, um sich nicht an die Wand drücken zu lassen und zu beweisen, daß auch sie in der Lage sind, etwas für ihre Mitglieder zu tun. Die Gewerkschaften haben auch wohl aus dem Grunde gehandelt, um die Mitglieder wieder in die Hand zu bekommen. Unter diesen Umständen mag das Gericht in der einmaligen Zahlung einer Unterstützung keine Verletzung der Friedenspflicht zu sehen. Aber selbst wenn man jegliche Zahlung von Unterstützung als Friedenspflicht auffassen wollte, vermag das Gericht dem Klageanspruch nicht stattzugeben, weil nicht erwiesen ist, daß diese einmalige Zahlung an die Gewerkschaftsmitglieder den in der Sinnfolge von außerhalb der Gewerkschaft stehenden radikalen Elementen aufgezogenen Streik hervorgerufen oder verlängert hat." (1. I. AG. 913/31)

Von Woche zu Woche

Wichtiges in aller Kürze

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der die starken Verschlechterungen in der Sozialversicherung, insbesondere aber in der Unfallversicherung, wie sie die **Dezember-Notverordnung** gebracht hat, wesentlich mildern soll.

Das Reichstagspräsidium hält es für notwendig, den Reichstag am 12. April zusammentreten zu lassen zur Erledigung der ersten Lesung des Haushaltplanes, der dann dem Haushaltausschuß überwiesen werden könnte.

Der Parteiausschuß der SPD. hat einstimmig beschlossen, an die Spitze ihrer sämtlichen **preußischen Wahllisten** Otto Braun und Carl Severing zu setzen.

Sehr bezeichnend ist, daß in Mecklenburg-Strelitz Hitler als **Präsidentschaftskandidat** 20 644 Stimmen, die NSDAP. bei den gleichzeitigen Landtagswahlen bei gleich hoher Wahlbeteiligung aber nur 14 233 Stimmen erhalten hat.

Der „Braunschweiger Volksfreund", Organ der Sozialdemokraten wurde einschließlich der Kopfblätter durch Klagges verboten.

Trotz des verordneten Osterburgfriedens war beabsichtigt, über Ostern in Braunschweig ein Reichstreffen der Hitlerjugend mit Fahnenweihe zu veranstalten. Auf Veranlassung des Reichsinnenministers Groener wurde das Reichstreffen verboten.

Gegen die **nationalsozialistischen Hochverräter,** Polizeileutnant Lange und Polizeiwachtmeister Schulz Wien in Berlin, hat der Oberreichsanwalt die Eröffnung der Voruntersuchung beantragt.

Im **japanisch-chinesischen Konflikt** ist am 22. März zwischen den Unterhändlern ein vorläufiger Waffenstillstand vereinbart worden.

Noch immer rund 1 900 000 Kriegsopfer in Deutschland, die sich zusammensetzen aus rund 840 000 versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten, 360 000 Kriegerwitwen, 500 000 Kriegerwaisen und 200 000 rentenbeziehenden Eltern. Für die Versorgung all dieser Beschädigten, Angehörigen und Hinterbliebenen sieht der augenblickliche Reichshaushalt rund 1,2 Milliarden ℳ vor.

Zur verstärkten **Kontrolle der preisgebundenen Markenwaren** hat der Reichskommissar für Preisüberwachung die Einführung eines Markenregisters angeordnet. Durch diese Markenregister werden laufend nicht nur die Preise und Nettomengen bzw. Nettogewichte verfolgt, sondern auch vor allem die Entwicklung der Handelsspanne. Außerdem wird nach einer allerdings längeren Uebergangsfrist angeordnet, daß Markenartikel den Ausdruck der Nettomenge oder des Nettogewichts tragen.

Kriegstreiber in Frankreich erhoffen Nazisieg. Der französische Parfümfabrikant Coty, ein berüchtigter Deutschenhetzer, scheut sich nicht, in seinem Blatte „Figaro" Hoffnungen über einen Nazisieg auszusprechen. So meint er, das Interesse Frankreichs verlange einen Sieg Hitlers, weil er nach seiner Machtergreifung Fehler begehen würde, die Deutschland schwächen und es unfähig zu den Verhandlungen um die Reparationsfrage machen würde. Nur durch die Nazis können Hindenburg und Brüning gestürzt werden, die heute mit ihren außenpolitischen Forderungen die größte Gefahr Frankreichs darstellen.

Bei den Reichstagsabstimmungen wurde ein kommunistischer Antrag auf Sperrung der **Polizeikostenzuschüsse** an Braunschweig mit 232 gegen 162 Stimmen angenommen.

Ein kommunistischer Antrag auf **Aufhebung des Reichswehrerlasses** wurde im Reichstag mit den Stimmen der Sozialdemokratie, der Kommunisten, der Staatspartei und eines Teils des Zentrums angenommen.

Literatur

Das Radio bei der Präsidentenwahl. Ein großes Ereignis war wie die Reichspräsidentenwahl kann man sich heute ohne Radio gar nicht mehr vorstellen. Schon bei der Werbung und Ankündigung spielt der Rundfunk eine Rolle, dann bei der Sammlung der Ergebnisse und besonders bei der erstaunlich raschen und sicheren Wiedergabe der Schlußzahlen. Die neuen Millionen deutscher Rundfunkhörer gleichen die Zeit ihres Lautsprechers aufgenommen also am Sonntag, 13. März, dem Wahltage, der, die neue Nummer des „Volksfunk", Heft 12, in Wort und Bild schildert. Die „Volksfunk"-Einzelnummer kostet 25 Pfennig, monatlich 90 Pfennig und 6 Pfennig Zustellgebühr. Sie kann bei der Post, Buchhandlung oder beim „Volksfunk"-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, bestellt werden.

Arthur Crispien: „Die Sozialdemokratie und die Reparationen!" Dietz Verlag, Berlin. Preis 15 Pfennig. Genosse Crispien hat eine hoch verdienstvolle Arbeit geleistet, indem er das piekumstrittene Thema einer sach und wahrheitsgemäßen Beleuchtung unterwarf. Seine eindringlichen Darlegungen sind geeignet, mit dem vielverbreiteten Schwindel vom „Reparations-Bakchanus der Sozialdemokratie" gründlich aufzuräumen.

Gregor Bienstock: Volk und Sozialdemokratie! Dietz Verlag, Berlin. Preis 15 Pfg. — Gregor Bienstock, der vor kurzem die wertvolle nationalökonomische Studie „Deutschland und die Weltwirtschaft" vorlegte, gibt in der Broschüre „Volk und Sozialdemokratie" einen sachlich wohlfundierten Ueberblick über die seit 1918 geleistete innen- und außenpolitische Arbeit der Sozialdemokratie.

Ein deutsches Buch erobert sich die Welt. Das im Berliner Aufbauverlag erschienene Werk von Hanno Hadich „Europa 1934" ist bereits in zehn Sprachen übersetzt worden. Fremdsprachige Ausgaben liegen schon jetzt vor in Dänemark, in Holland und Frankreich. Der dänische Ministerpräsident, der Sozialdemokrat Th. Stauning, der auch selber als Dichter nicht unbekannt ist, wendet sein Urteil begreiflich schwer wiegt, daß das deutsch im Aufbauverlag, Berlin W 15, erschienene Werk von Hanno Hadich als den besten Roman bezeichnen, den er sein Leben „Erde" gelesen habe. — Bezug durch alle Buchhandlungen oder direkt durch den Aufbauverlag, Berlin W 15, Bleibtreustraße 33.

Aktive Kulturpolitik. Trotz der Schwere der Zeit, die die Hauptaufmerksamkeit auf die wirtschaftlichen und politischen Ereignisse lenkt, ist das kulturpolitische Interesse der Arbeiterorganisationen keineswegs geringer geworden. Ueber einen neuen wichtigen Schritt auf kulturpolitischem Gebiet, und zwar über die Schaffung der Zentralschule Hochschulgemeinschaft, berichtet die Märznummer der „Sozialistischen Bildung". Ziel und Zweck dieser Gesamtschule wird in einem einleitenden Referat von Professor G. Neubauch geschildert. Wird hier ein Vorstoß in neues Gelände unternommen, so wird in dem gedankenreichen Aufsatz von M. Fischer „Zehn Jahre gewerkschaftliche Bildungsarbeit in Berlin" eine Bilanz der bisherigen gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in Berlin gezogen und es neue wichtige Aufgaben für die Zukunft hingewiesen.

Die monatlich erscheinende „Sozialistische Bildung" ist zum Preise von 1,50 ℳ für ein Vierteljahr durch die Post oder den Verlag J. Dietz, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Rpf.

Der neue „Volksfunk". Jedes neue Heft des „Volksfunk" ist jetzt eine Ueberraschung. Aktuell und lehrreich wie immer, ist Heft 13 für die kommende Woche in Wort und Bild zunächst den Goethe und Handn Gedenkfeiern gewidmet. Spannend ist auch die ausführliche Bildreportage über Glück und Ende des schwedischen Zündholzkönigs. Nicht weniger als 60 Bilder schmücken das prächtige Heft, das jeden Freitag für 25 Rpf. bei allen Buch und Zeitschriftenhändlern erhältlich ist. Abonnementspreis 90 Rpf. und 6 Rpf. Zustellgebühr monatlich. Probehefte kostenlos durch den „Volksfunk"-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Das Weltbild der Gegenwart. Es gibt kein Weltbild der Gegenwart, weil dem einstweilen noch herrschenden mahrhaftlichen Wissen und Glauben die durchgehende richtige Betrachtungsweise fehlt, die überall einfließen und in jeder Richtung sich bewegen kann, die alles, auch die linguistischwirksam und die Widersprüche erklärt und den Ausweg aus der Verwirrung findet. Die wirtschaftlich-politische Krisis hat auch die Wissenschaft ergriffen und namhafte Vertreter vom Bankrott der Wissenschaft sprechen lassen. Ist es ein Bankrott? Die Hintergründe dieser seltsamen Erscheinung werden im Heft 1 der „Utopie", Kulturpolitische Monatsbriefe über Natur und Gesellschaft, von Prof. Dr. J. Scharzi gründlich untersucht. Er weist zudem auch den Weg, der über den Zusammenbruch hinaus zu neuen Zielen führt. Außerdem enthält das Heft reich illustrierte Aufsätze über die Bedeutung der Polarforschung, über Pflanze und Kälte, über eine Reise durch den brasilianischen Urwald und anderes mehr. Probeheft beim der Utopia Verlag, Berlin in Jena. Interessenten gern zur Verfügung.

Justizdämmerung von Gisela von Redlow. Verlag: Volksfunk GmbH., Berlin SW 68. Brosch. 1,50 RM. „Justizdämmerung" ist die wichtigste und interessanteste Justizschrift, die im letzten Jahrzehnt erschienen ist. An Hand von Dokumenten, die der Oeffentlichkeit bisher nicht unbekannt sind, wird die justizpolitische Entwicklung von der Kaiserzeit bis in den Aeußeren Zeiten der preußischen Monarchie, über die Gründerjustiz der wilhelminischen Zeit, die unabhängige Justiz von 1918 bis zur Ära Justiz des Dritten Reiches gezeigt. Aus der Fülle des Materials seien erwähnt die Kapitel: Wie Geheimrätin Graumann auf dem Holzweg angeschmiert wird; Zentrumsoberer Oberlandesgerichtspräsident Spahn wird zum Rapport bestellt; 80 Hausdurchsuchungen wegen Ordensschacher — 600 Zeiten Bericht an den Justizminister; Chefpräsident Tigaro, „der beste Mann der deutschen Justiz"; ein Untersuchungsrichter ohne Gutachtenschule; Mißbrauch der Immunität zur Richterhetze; Justizsabotage durch Richterabdichtung; Atomisierung der Justiz. Es seien spannende Darstellungen der großen Wirtschafts und Korruptionsskandale.

Der Richter, Staatsanwalt, Rechtsanwalt, Verwaltungsakademie, der das Buch in die Hand bekommt, wird es verschlingen, jeder andere wird es mit höchster Spannung und größtem Interesse lesen, weil es ihn in Innersten packt und aufwühlt.

Der Staat als Unternehmer von Dr. Hans Staudinger. Staatssekretär im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe. Mit einer Einleitung des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Dr. W. Schreiber. Preis 3,50 RM, Volksausgabe 1,25 RM. Verlag: Gerstäcker & Sohn Verlag, Berlin SW 35. Staatssekretär Dr. Staudinger ist Mitschöpfer und Mitverantwortlicher des gewaltigen preußischen staatlichen Werkes von Kohlen-, Kali-, Erz-, Petroleum-, Elektrizitäts-, Holzwirtschafts-, Industriehäfen- und Industrieunternehmungen und damit wie kein zweiter berufen, die Rolle des Staates als Unternehmer zu schildern. Die besondere Bedeutung des Buches erhellt auch daraus, daß es vom preußischen Minister für Handel und Gewerbe Dr. W. Schreiber durch eine sehr interessante längere Vorrede eingeleitet wurde.

„Le Traducteur", eine Zeitschrift in Deutsch und Französisch, beide Sprachen rein und richtig nebeneinander gestellt, wird überall dort willkommen sein, wo Fortsprachkenntnisse schon vorhanden sind und das Bestreben besteht, sich in angenehmer Weise weiter zu unterrichten. Probehefte kostenlos durch den Verlag des „Traducteur", in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei, G. m. b. H., Nürnberg
Redaktion: Otto Freßlich, Nürnberg 4 (Abholfach) — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher (J. Simon, Nürnberg)

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Vom 3. bis 9. April ist der 15. Beitrag fällig

Anzeigen

Zentralverband der Schuhmacher,
Zahlstelle Nürnberg-Fürth.

Einladung.

Donnerstag, 14. April, abends 7,30 Uhr, im „Rosengarten", Gostenhofer Schulgasse 32.

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Der Verbandstag in Mainz und Vorschläge zur Delegiertenwahl.
2. Vorschläge der unbesoldeten Vorstandsmitglieder für den Verbandstag.
3. Anträge zum Verbandstag.

Hierzu sind die Kollegen und Kolleginnen der Mitgliedschaft Nürnberg und Fürth freundlichst eingeladen. Fremde haben keinen Zutritt. Als Ausweis dient das Mitgliedsbuch.

Die Ortsverwaltung.

NB. Besucht die Gaststätten unserer Kollegen Konrad Loos, Kopernikusstr. 20, und Hans Bauer, Schoppershofstr. 20

LINDCAR
Schafft euch mehr Lebensfreude
DURCH LINDCAR-FAHRRÄDER AB 62,— RM
LINDCAR-NÄHMASCHINEN AB 141,— RM
WOCHENRATEN AB 2.— MARK
VERLANGT DEN HAUPTKATALOG!
LINDCAR-FAHRRADWERK A.-G., BERLIN-LICHTENRADE, GEWERKSCHAFTSUNTERNEHMEN

Feuerversicherung
Lebensversicherung
Kinderversicherung
Arbeiter versichern sich nur bei der
Volksfürsorge
Gewerkschaftlich u. genossenschaftliche Versicherungs AG.
Auskunft von den örtlichen Zweigstellen oder direkt vom Hauptsitz Hamburg An der Alster 58/59